

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen auf Schlesien 1.- M., aufwärts 1.20 M., Anzeigen unter Zeit 3.- M., aufwärts 3.25 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 M., Stellenangebote, Verleumdung und Wohnung-Anzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.- M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr in den Druckerei-Expeditoren Kurze 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal um 11 Uhr durch die Haupt-Expeditoren: Kurze 46, durch die Zweigstellen: Postfach-Nr. 28, bei Jung, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 2 und durch alle Kiosks zu beziehen. Preis: Vierteljährlich 1.20 M., monatlich 0.40 M., vierteljährlich 1.50 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M., (ohne Postgebühren) bei im Haus durch die Post monatlich 0.10 M., vierteljährlich 0.30 M.

Wie will die Entente Ruhe in O.S. schaffen?

Der oberschlesische Selbstschutz und die Entente.

Die Interalliierte Kommission hat am Sonnabend auf das Vordringen der Selbstschutzkräfte bei Rantzin und Ujest hin eine Note an General Höfer gerichtet, die verlangt, daß die neu besetzten Orte sofort wieder geräumt werden. Es würde dafür gefordert werden, daß die Polen dieses Gebiet dann nicht wieder besetzen. Gehen die Deutschen nicht freiwillig zurück, so müßten die Alliierten dafür ihre Besatzungen aus den Städten des Industriegebietes zurückziehen. General Höfer hat in einer längeren schriftlichen Entgegnung die Zurückziehung des Selbstschutzes für unmöglich erklärt. Er hätte keine Sicherheit dafür, daß in den geräumten Orten dann deutsches Leben und Eigentum geschützt sei. Auch könne er den Selbstschutz angesichts der bisherigen Untätigkeit der Alliierten nicht dazu bringen, auf einen polnischen Angriff niemals einen Gegenangriff zu unternehmen.

Dies ist der Hauptinhalt des Notenwechsels. Aus der Ententenote ist bemerkenswert im einzelnen noch die 12stündige Frist für den Beginn des deutschen Rückzuges bezw. der alliierten Drohmaßnahmen, ferner die Mitunterschrift des neuen englischen Kommissionsmitgliedes Sir Harold Stuart. Die Höferische Entgegnung beruht sich auf das soldatische Empfinden der Ententemilitäre und in einer weniger glücklich beratenen Form auf Erklärungen über den Selbstschutz im englischen Parlament.

Der Gedankengang der Interalliierten Kommission, wie er in der Note über scharf und ohne jede Rücksicht auf die Stimmung der gequälten deutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, ist an sich nicht unverstänlich. Man geht augenscheinlich davon aus, daß ein Vormarsch des deutschen Selbstschutzes die schwersten Kämpfe in das Industriegebiet selbst hineintreiben müßte, während die Möglichkeit besteht, daß vor den alliierten Truppen die Insurgenten vielleicht kampfslos zurückweichen. Aber bisher ist nach fünfwöchentlichem Aufstand ja der Anfang einer solchen alliierten Aktion noch nicht gemacht worden. Bisher kämpft im wesentlichen der deutsche Selbstschutz mit unterlegenen Waffen allein gegen die polnischen Angriffe. Wie ist es da möglich, den in der Notwehr kämpfenden, während aus dem Industriegebiet die erschütterndsten Hilferufe und die fürchterlichsten Anklagen gegen die französischen Offiziere herüberdringen, zu verbieten, daß sie dem zurückgeschlagenen Angreifer auch einmal einige Kilometer folgen und ein paar Orte, die sie per polnischen Schreckensherrschaft entrisen haben, dann auch zu sichern bemüht sind? Will die Interalliierte Kommission die Erregung in Oberschlesien nicht noch steigern, will sie dem Gedanken einer möglichst unblutigen Beruhigung des Landes und Wiederherstellung der staatlichen Ordnung auf polnischer wie auf deutscher Seite Vertrauen erwerben und ihn nicht als Vorwand für die Fortsetzung der bisherigen Le-Rond-Politik der duldbenen Bestätigung der vollendeten Tatsachen erscheinen lassen, so muß sie endlich einmal einen Schritt vorwärts nicht gegen die bedrängten, den äußersten Rand ihres Landes verteidigenden, militärisch unterlegenen, menschlich bis zur Verzweiflung gequälten Deutschen tun, sondern gegen die militärische Stärke überlegenen Insurgenten, die das Industriegebiet terrorisieren und deren Macht infolge der dauernden Nachgiebigkeit der französischen Generale in Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz usw. von Tag zu Tag nur wächst.

Nach Ablauf der ultimativen Frist hat General Höfer erneut Verhandlungen mit dem neuen englischen Truppenkommandeur, General Feniker, aufnehmen können. Dieser scheint nur noch auf dem Verbot eines weiteren Vorgehens bestanden zu haben, ohne von einer Räumung der inzwischen von den Polen zum Teil allerdings auch bereits wiedereroberten Orte zu sprechen. Allerdings hat der englische General betont, daß er nur ausführendes Organ der Interalliierten Kommission sei. Nach den Erfahrungen, die Oberschlesien mit Le Rond gemacht hat, stimmt das die Hoffnungen auf ein sehr rasches Ende des polnischen Schreckens bedenklich herab. Die endgültige Entscheidung über die Einräumung der Grenze scheint auch wieder reichlich ferngerückt. Die englische Presse hat eine Weile genug von Oberschlesien

gebracht und beschäftigt sich jetzt wieder mit anderen Teilen der Welt... Und inzwischen sterben Säuglinge und Frauen in den Industriestädten durch Mangel und durch die Kugel! Wie soll das werden? —

Im englischen Unterhause erwiderte auf die Frage Wedgwoods, ob die Pressemeldungen, nach denen englische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Streitkräfte in Oberschlesien in Ordnung zu halten, richtig seien, Chamberlain, er könne eine Frage von so großer internationaler Bedeutung nicht aus dem Gedächtnis beantworten. Er erklärte, daß alle alliierten Truppen in Oberschlesien unter dem Befehl des französischen Oberbefehlshabers ständen, der seine Befehle von den interalliierten Kommissaren in Oberschlesien und durch die Militärabteilungen der Kommission erhalte. Es werde daher vorausgesetzt, daß eine Aktion der italienischen, britischen und französischen Truppen in Oberschlesien in Übereinstimmung mit den Befehlen der Kommission erfolgen werde.

Die Besetzung des Kattowitzer Bahnhofes.

Zur Besetzung des Bahnhofes der Stadt Kattowitz erfahren wir folgendes: Schon am 2. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, kam von Bogutschitz eine Lokomotive angefahren, deren Annäherung dem französischen Besatz durch die Eisenbahndirektion gemeldet wurde. Dieser bemog nach Beratung mit dem englischen Mitgliede der Eisenbahndirektion die Insurgenten zur Umkehr. Bei einem anderen Versuch der Insurgenten, den Bahnhof zu besetzen, wandte sich die Eisenbahndirektion abermals an Herrn Choquet, der den Eisenbahnern gegenüber die Erklärung abgab, die Insurgenten dürften den Bahnhof nicht besetzen, solange er in der Direktion liege. Weiter erklärte er, die deutschen Eisenbahntruppen trügen an der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs die Schuld, sie seien nicht fähig und nicht willig. Es wurde entgegen, die Eisenbahner seien von Anfang an bereit gewesen, den Verkehr im ganzen von den Insurgenten besetzten Gebiet aufzunehmen, sobald Gewähr für die Sicherheit der Züge, der Beamten und Reisenden bestünde. Die interalliierten Behörden hätten diese Bürgschaft bisher stets abgelehnt, und deshalb habe der Verkehr nicht aufgenommen werden können. Am 4. d. Mts. morgens zwischen 6 und 7 Uhr fuhr dann ein Zug von Dwaide aus mit etwa 100 unbewaffneten Insurgenten in den Bahnhof ein. Am Vormittag folgten bewaffnete Aufständische, und der Bahnhof befindet sich jetzt in ihrer Hand. Am 4. d. Mts. begab sich eine Abordnung der deutschen Bürgerwehr zum Kreisratsschreiber Major Salew und zum Stadtkommandanten, Obersten Wobison, die den letzteren daran erinnerte, daß er wiederholt versichert habe, daß die Insurgenten die Stadt oder Teile der Stadt nicht besetzen würden. Der Kreisratsschreiber und der Stadtkommandant erwiderten, daß der Bahnhof nicht von Aufständischen besetzt worden sei, sondern daß es sich um arbeitswillige, polnische Eisenbahner handle, die den Bahnhof besetzt hätten, weil die deutschen Eisenbahner unfähig und unwillig seien, den Verkehr aufzunehmen. Der Kreisratsschreiber erklärte weiter, seine Ansicht, daß der polnische Aufstand nunmehr fortfallen und der Verkehr in vollkommener Freiheit wieder aufgenommen werde. Die deutschen Herren erklärten, daß der Bahnhof ein Teil der Stadt Kattowitz sei, und daß die Besetzung entgegen der französischen Ansicht durch die polnischen Aufständischen vollzogen sei. Schließlich wurden die Herren ersucht, am Nachmittag abermals vorzutreten, um Auskunft über den Ausgang von Beratungen entgegenzunehmen, die inzwischen unter den Vertretern der interalliierten Behörden stattfinden würden. In dieser Aussprache erklärte Oberst Wobison, daß er bereit sei, den Bahnhof zurückzugeben, aber die Stadt müsse sich damit abfinden, kein Licht und kein Wasser zu erhalten. Die deutsche Abordnung lehnte es ab, auf diese Auskunft eine Antwort zu geben, sondern verwies den Stadtkommandanten darauf, daß es seine Pflicht und die der interalliierten Behörden sei, die Stadt zu schützen und dafür zu sorgen, daß sie von Insurgenten frei bleibe und daß ihr die Lebensmöglichkeit nicht abgeschnitten werde.

Aus Plesch wird gemeldet: Die bisherige französische Besetzung der Stadt Plesch ist am 5. d. Mts. abgerückt. Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die Insurgenten.

Aus Tarnowitz meldet WB.: In vielen Dörfern werden die Frauen der bekannten Heimattreuen in wirtschaftlicher Hinsicht zurückgelassen. Sie erhalten nicht die ihnen zustehenden Zuckerrüben und auch nicht die entsprechende Anzahl Brotkrumen. Für das Ausstellen einer Rezeptur müssen die Frauen von Heimattreuen besondere Abgaben entrichten, und die Polen der Insurgenten verlangen von ihnen noch eine besondere Schutzgebühr. Heute mittag wurde beobachtet, wie die Insurgenten in Stärke von etwa drei Kompanien von Friedrichshütte über Neudorf nach Kattowitz marschierten. Sie führten Gepäck und Bagagewagen mit sich. Ein Teil der Insurgenten war auch bewaffnet.

Aus Königsbrunn erzählt WB.: Seit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppen der Insurgenten, sind auch einige Straßen der bisher freien Südstadt von den Insurgenten besetzt worden. Die Kontrolle und Durchsuchung beim Betreten oder Verlassen der Stadt wird jetzt scharfer gehandhabt.

Die bayerische Entwaffnung.

Der bayerische Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betreffend die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatums der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinenwaffen der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, bis unter das Entwaffnungsgezet fallen, sowie der zugehörigen Dis-

position der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. Die bayerische Einwohnerwehr hat beschlossen, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der interalliierten Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergeht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen, auf Grund des Entwaffnungsgezetes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Verfügungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgezetes bestraft.

Französische Neuorientierungsworte.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Das Pariser offizielle Regierungsorgan, der „Temps“, beschäftigt sich in seiner gestrigen Ausgabe mit dem Gedanken des englisch-französischen Bündnisses, das in den letzten Tagen sowohl in englischen Blättern, als auch in französischen Zeitungen, anscheinend auf Geheiß, propagiert wird. Der „Temps“ stellt fest, daß sich die französisch-englischen Beziehungen seit dem Waffenstillstand regelmäßig verschlechterten, wenn die französische Regierung sich veranlaßt sah, gegen Deutschland vorzugehen, daß aber, falls zwischen Frankreich und Deutschland eine Entspannung einzutreten schien, jenseits des Kanals Freudenstimmen laut wurden. Der „Temps“ schließt hieraus, daß die französisch-englischen Beziehungen „nicht darunter leiden, im Gegenteil sich bessern, wenn man sich bemüht, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erträglich zu machen.“

Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“, schreibt, amtliche britische Kreise sehen den Augenblick als nicht zeitgemäß an, um die Frage eines Bündnisses zwischen Frankreich und England aufzunehmen. Es beständen zu viele unerledigte Fragen, die gelöst werden müßten. Es seien grundlegende Fragen, die das gesamte Feld der französisch-englischen Beziehungen berühren. Es würde zum Beispiel unmöglich sein, ein Bündnis auf Grundlage der französischen Politik, die auf die Erdbeseitigung Deutschlands gerichtet ist, zu bilden. Die französische Regierung habe, was von den amtlichen britischen Kreisen außerordentlich bedauert werde, bisher sich geweigert, diese Frage in einer Konferenz zu erörtern.

Offene Reaktion im fernen Osten.

Paris, 6. Juni. Ein Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Wladimiroff meldet: General Semenov, der früher einer der Unterbefehlshaber des Admirals Koltschak war, ist zum Oberhaupt des neuen Staates ernannt worden, der in Wladimiroff am 26. Mai errichtet worden ist, nachdem die bolschewistische Herrschaft befeitigt war.

Englischen Blättern zufolge erhielt bei der Einnahme von Wladimiroff General Semenov beträchtliche Unterstützung von jenseits der pazifischen Streitkräfte. Es sind Vorbereitungen auf breiter Grundlage für weitere Operationen in Sibirien geplant.

Die bolschewistische Bewegung in der russischen Kirche.

Die Moskauer „Jawestka“ (Nr. 96) teilen mit, daß der bekannte Mönch Niodor in der Stadt Jarzyn wieder erschienen ist und dort vor dem Volke Predigten hält. Niodor, der in Rußland während des Jarismus das Volk zu Judenpogromen aufgefordert hatte, scheint sich jetzt dem Bolschewismus angeschlossen zu haben. In seiner letzten Predigt erklärte er den Zuhörern, daß er gekommen sei, dem Volke in der Stunde der Not zu helfen.

„Ich sage“, so rief er aus, „den Völkern einen erbitterten Kampf an. Es ist die Zeit gekommen, in der unsere Kirche revolutionär werden muß.“ Wie letzterzeit, so sollen auch jetzt Niodors Reden großen Eindruck auf die Volksmassen ausüben.

Die „Jawestka“ machen keine näheren Angaben über die Tätigkeit Niodors. Es ist jedoch anzunehmen, daß Niodor sich jener Teil der russischen Geistlichkeit angeschlossen hat, der mit der Sowjetregierung Hand in Hand gehen will. Bekanntlich streben seit längerer Zeit die maßgebenden Kreise der Sowjetpublik nach einer Versöhnung mit der Kirche. Die religiöse Bewegung in den Volksmassen beginnt sich immer mehr breit zu machen, so daß es für die regierende Partei in Rußland von größter Bedeutung ist, die Freundschaft der Kirche zu gewinnen. Einfließen steht der größte Teil der höheren Geistlichkeit mit dem Patriarchen Tichon an der Spitze den bolschewistischen Plänen feindselig gegenüber. Doch ein Teil der Geistlichkeit, der besonders unter den vorzüglichen Anhänger findet, will der Sowjetregierung entgegenkommen, indem von ihnen eine Reformierung respektive eine Revolutionierung der Kirche erstrebt wird. An der Spitze dieser bolschewistischen Strömung stand bis vor kurzem der frühere Freund Kasputin, der bekannte exzentrische Bischof Barnawa aus Tscholst. Die Bolschewisten wollen gern Barnawa als Patriarchen sehen, doch einstweilen ist es ihnen noch nicht gelungen, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen.

Die Tätigkeit, die der Mönch Niodor in Jarzyn und im Wolgogebiet zurzeit entfaltet, deutet darauf hin, daß die neue Bewegung in der Kirche, die ein Zusammengehen mit den heutigen Machhabern Rußlands erstrebt, sich schon bedeutende Anhänger erworben hat.

Gleichzeitig ist es aber interessant festzustellen, daß an der Spitze dieser neuen bolschewistischen Bewegung innerlich der russischen Kirche zwei Geistliche stehen, die wegen ihrer Neue dem Jarismus gegenüber und ihrer reaktionären Gehirnen halber im zaristischen Rußland bekannt waren; nämlich Barnawa und Niodor.

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für sechs tägliche Anzeigen aus Schlesien 3.- M., auswärts 3.25 M., Ausland 4.20 M., Anzeigen unter 200 Zeilen 2.00 M., Besondere Anzeigen, Familienanzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.- M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr in der Druckerei eingeleitet werden, die in demselben Anzeigenblatt abgedruckt werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 46, durch die Zweigstelle Postfachstraße 28, bei Junge, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 1 und durch alle Anzeiger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 M., monatlich 4.10 M., vierteljährlich 12.30 M., (einschl. Porto), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.30 M. (ohne Porto), halbjährlich 26.30 M., jährlich 52.60 M., (ohne Porto).

Wie will die Entente Ruhe in D.-S. schaffen?

Der oberschlesische Selbstschutz und die Entente.

Die Interalliierte Kommission hat am Sonnabend auf das Vordringen der Selbstschutzkräfte bei Kardyn und Ujest hin eine Note an General Höfer gerichtet, die verlangt, daß die neu besetzten Orte sofort wieder geräumt werden. Es würde dafür gesorgt werden, daß die Polen dieses Gebiet dann nicht wieder besetzen. Gehen die Deutschen nicht freiwillig zurück, so müßten die Alliierten dafür ihre Befehle aus den Städten des Industriegebietes zurückziehen. General Höfer hat in einer längeren schriftlichen Entgegnung die Zurückziehung des Selbstschutzes für unmöglich erklärt. Er hätte keine Sicherheit dafür, daß in den geräumten Orten dann deutsches Leben und Eigentum geschützt sei. Auch könne er den Selbstschutz angesichts der bisherigen Unfähigkeit der Alliierten nicht dazu bringen, auf einen polnischen Angriff niemals einen Gegenangriff zu unternehmen.

Dies ist der Hauptinhalt des Notenwechsels. Aus der Entente ist bemerkenswert im einzelnen noch die 12stündige Frist für den Beginn des deutschen Rückzuges bezw. der alliierten Drohmaßnahmen, ferner die Unterschrift des neuen englischen Kommissionsmitgliedes Sir Harold Stuart. Die Höferische Entgegnung beruft sich auf das soldatische Empfinden der Ententeoffiziere und in einer weniger glücklich beratenen Form auf Erklärungen über den Selbstschutz im englischen Parlament.

Der Gedankengang der Interalliierten Kommission, wie er in der Note über schroff und ohne jede Rücksicht auf die Stimmung der gequälten deutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, ist an sich nicht unverständlich. Man geht augenscheinlich davon aus, daß ein Vormarsch des deutschen Selbstschutzes die schwersten Kämpfe in das Industriegebiet selbst hineintragen müßten, während die Möglichkeit besteht, daß vor den alliierten Truppen die Insurgenten vielleicht kampflös zurückweichen. Aber bisher ist nach fünfwochentlichem Aufstand ja der Anfang einer solchen alliierten Aktion noch nicht gemacht worden. Bisher kämpft im wesentlichen der deutsche Selbstschutz mit unterlegenen Waffen allein gegen die polnischen Angriffe. Wie ist es da möglich, den in der Notwehr kämpfenden, während aus dem Industriegebiet die erschütterndsten Hilferufe und die furchtbarsten Anklagen gegen die französischen Offiziere herüberbringen, zu verbieten, daß sie dem zurückgeschlagenen Angreifer auch einmal einige Kilometer folgen und ein paar Orte, die sie per polnischen Schreckensherrschaft entrissen haben, dann auch zu sichern bemüht sind? Will die Interalliierte Kommission die Erregung in Oberschlesien nicht noch steigern, will sie dem Gedanken einer möglichst unblutigen Beruhigung des Landes und Wiederherstellung der staatlichen Ordnung auf polnischer wie auf deutscher Seite Vertrauen erwerben und ihn nicht als Vorwand für die Fortsetzung der bisherigen Le-Rond-Politik der duldben Bestätigung der vollenenden Tatsachen erscheinen lassen, so muß sie endlich einmal einen Schritt vorwärts nicht gegen die bedrängten, den äußersten Rand ihres Landes verteidigenden, militärisch unterlegenen, menschlich bis zur Verzweiflung gequälten Deutschen tun, sondern gegen die in militärischer Stärke überlegenen Insurgenten, die das Industriegebiet terrorisieren und deren Macht infolge der dauernden Nachgiebigkeit der französischen Generale in Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz usw. von Tag zu Tag nur wächst.

Nach Ablauf der ultimativen Frist hat General Höfer erneut Verhandlungen mit dem neuen englischen Truppenkommandeur, General Henker, aufnehmen können. Dieser scheint nur noch auf dem Verbot eines weiteren Vorgehens bestanden zu haben, ohne von einer Räumung der inzwischen von den Polen zum Teil allerdings auch bereits wiedereroberten Orte zu sprechen. Allerdings hat der englische General betont, daß er nur ausführendes Organ der Interalliierten Kommission sei. Nach den Erfahrungen, die Oberschlesien mit Le Rond gemacht hat, kommt das die Hoffnungen auf ein sehr rasches Ende des polnischen Schreckens bedenklich herab. Die endgültige Entscheidung über die Linienführung der Grenze scheint auch wieder reichlich ferngerückt. Die englische Presse hat eine Weile genug von Oberschlesien

gebracht und beschäftigt sich jetzt wieder mit anderen Teilen der Welt... Und inzwischen sterben Säuglinge und Frauen in den Industriestädten durch Mangel und durch die Kugeln! Wie soll das enden? — m.

Im englischen Unterhause erwiderte auf die Frage Wedgwoods, ob die Pressemeldungen, nach denen englische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Streitkräfte in Oberschlesien in Ordnung zu halten, richtig seien, Chamberlain, er könne eine Frage von so großer internationaler Bedeutung nicht aus dem Gedächtnis beantworten. Er erklärte, daß alle alliierten Truppen in Oberschlesien unter dem Befehl des französischen Oberbefehlshabers ständen, der seine Befehle von den interalliierten Kommissaren in Oberschlesien und durch die Militärabteilungen der Kommission erhalte. Es werde daher vorausgesetzt, daß eine Aktion der italienischen, britischen und französischen Truppen in Oberschlesien in Übereinstimmung mit den Befehlen der Kommission erfolgen werde.

Die Besetzung des Kattowitzer Bahnhofes.

Zur Besetzung des Bahnhofes der Stadt Kattowitz erfahren wir folgendes: Schon am 2. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, kam von Bogutshüh eine Lokomotive angefahren, deren Annäherung dem französischen Beirat Choquet durch die Eisenbahndirektion gemeldet wurde. Dieser bemog nach Beratung mit dem englischen Mitgliede der Eisenbahndirektion die Insurgenten zur Umkehr. Bei einem anderen Versuch der Insurgenten, den Bahnhof zu besetzen, wandte sich die Eisenbahndirektion abermals an Herrn Choquet, der den Eisenbahner gegenüber die Erklärung abgab, die Insurgenten dürften den Bahnhof nicht besetzen, solange er in der Direktion liege. Weiter erklärte er, die deutschen Eisenbahner trugen an der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs die Schuld, sie seien nicht fähig und nicht willig. Es wurde entgegnet, die Eisenbahner seien von Anfang an bereit gewesen, den Verkehr im ganzen von den Insurgenten besetzten Gebiet aufzunehmen, sobald Gewähr für die Sicherheit der Züge, der Beamten und Reisenden bestünde. Die interalliierten Behörden hätten diese Bürgschaft bisher stets abgelehnt, und deshalb habe der Verkehr nicht aufgenommen werden können. Am 4. d. Mts. morgens zwischen 6 und 7 Uhr fuhr dann ein Zug von Idawiese aus mit etwa 100 unbewaffneten Insurgenten in den Bahnhof ein. Am Vormittag folgten bewaffnete Aufständische, und der Bahnhof befindet sich seither in ihrer Hand. Am 4. d. Mts. begab sich eine Abordnung der deutschen Bürgerchaft zum Kreisstatthalter Major Salzerou und zum Stabskommandanten, Obersten Ardillon, die den letzteren daran erinnerte, daß er wiederholt versichert habe, daß die Insurgenten die Stadt oder Teile der Stadt nicht besetzen würden. Der Kreisstatthalter und der Stabskommandant erwiderten, daß der Bahnhof nicht von Aufständischen besetzt worden sei, sondern daß es sich um arbeitswillige, polnische Eisenbahner handle, die den Bahnhof besetzt hätten, weil die deutschen Eisenbahner unfähig und unwillig seien, den Verkehr aufzunehmen. Der Kreisstatthalter erklärte weiter seine Ansicht, daß der polnische Nachwuchs nunmehr fortfallen und der Verkehr in vollkommener Freiheit wieder aufgenommen werde. Die deutschen Herren erklärten, daß der Bahnhof ein Teil der Stadt Kattowitz sei, und daß die Besetzung entgegen der französischen Ansicht durch die polnischen Aufständischen sei. Schließlich wurden die Herren ersucht, am Nachmittag abermals vorzusprechen, um Auskunft über den Ausgang von Beratungen entgegenzunehmen, die inzwischen unter den Vertretern der interalliierten Behörden stattfinden würden. In dieser Aussprache erklärte Oberst Ardillon, daß er bereit sei, den Bahnhof zurück zu übergeben, aber die Stadt müsse sich damit abfinden, kein Licht und kein Wasser zu erhalten. Die deutsche Abordnung lehnte es ab, auf diese Auskunft eine Antwort zu geben, sondern verwies den Stabskommandanten darauf, daß es seine Pflicht und die der interalliierten Behörden sei, die Stadt zu schützen und dafür zu sorgen, daß sie von Insurgenten frei bleibe und daß ihr die Lebensmöglichkeit nicht abgeschnitten werde.

Aus Plesch wird gemeldet: Die bisherige französische Besetzung der Stadt Plesch ist am 5. d. Mts. abgerückt. Man behauptet eine neue Besetzung der Stadt durch die Insurgenten.

Aus Tarnowitz meldet W.B.: In vielen Dörfern werden die Frauen der bekannten Heimmattreuen in wirtschaftlicher Hinsicht zurückgelassen. Sie erhalten nicht die ihnen zustehenden Zuzuschüsse und auch nicht die entsprechende Anzahl Beauftragten. Für das Ausstellen einer Preperakula müssen die Frauen von Heimmattreuen besondere Abgaben entrichten, und die Polen der Insurgenten verlangen von ihnen noch eine besondere Durchschlagsgebühr. Heute mittag wurde beobachtet, wie die Insurgenten in Stärke von etwa drei Kompanien von Friedrichstube über Neudag nach Kattowitz marschierten. Sie führten Gepäck und Bagagemagen mit sich. Ein Teil der Insurgenten war auch bewaffnet.

Aus Königsbrunn erzählt W.B.: Seit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppen der Insurgenten, sind auch einige Straßen der bisher freien Südstadt von den Insurgenten besetzt worden. Die Kontrolle und Durchsuchung beim Betreten der Verlässe der Stadt wird jetzt schärfer gehandhabt.

Die bayerische Entwaffnung.

Der bayerische Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betreffend die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinenwaffen der Selbstschutzorganisationen, bis zum 20. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgebot fallen, sowie der zugehörigen Ak-

tion der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. Die bayerische Einwohnerwehr hat beschlossen, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der interalliierten Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergeht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen, auf Grund des Entwaffnungsgebetes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits besannengegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgebetes bestraft.

Französische Neuorientierungsworte.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Das Pariser offizielle Regierungsorgan, der „Temps“, beschäftigt sich in seiner gestrigen Ausgabe mit dem Gedanken des englisch-französischen Bündnisses, das in den letzten Tagen sowohl in englischen Blättern, als auch in französischen Zeitungen, anscheinend auf Geheiß, propagiert wird. Der „Temps“ stellt fest, daß sich die französisch-englischen Beziehungen seit dem Waffenstillstand regelmäßig verschlechterten, wenn die französische Regierung sich veranlaßt sah, gegen Deutschland vorzugehen, daß aber, falls zwischen Frankreich und Deutschland eine Entspannung einzutreten schien, jenseits des Kanals Freudenstimmen laut wurden. Der „Temps“ schließt hieraus, daß die französisch-englischen Beziehungen „nicht darunter leiden, im Gegenteil sich bessern, wenn man sich bemüht, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland extraglich zu machen.“

Der Londoner Berichterstatter des Manchester Guardian, schreibt, am 1. d. Mts. britische Kreise läßen den Gedanken als nicht zeitgemäß an, um die Frage eines Bündnisses zwischen Frankreich und England aufzunehmen. Es beständen zu viele unerledigte Fragen, die gelöst werden müßten. Es seien grundlegende Fragen, die das gesamte Feld der französisch-englischen Beziehungen berühren. Es würde zum Beispiel unmöglich sein, ein Bündnis auf Grundlage der französischen Politik, die auf die Entzweiung Deutschlands gerichtet ist, zu bilden. Die französische Regierung habe, was von den amtlichen britischen Kreisen außerordentlich bedauert werde, bisher sich geweigert, diese Frage in einer Konferenz zu erörtern.

Offene Reaktion im fernen Osten.

Paris, 6. Juni. Ein Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Wladimostok meldet: General Semenov, der früher erbeulter Unterbefehlshaber des Admirals Koltschak war, ist zum Oberhaupt des neuen Staates ernannt worden, der in Wladimostok am 26. Mai errichtet worden ist, nachdem die bolschewistische Herrschaft beseitigt war.

Englischen Blättern zufolge erhielt bei der Einnahme von Wladimostok General Semenov beträchtliche Unterstützung seitens japanischer Streitkräfte. Es sind Vorbereitungen auf breiter Grundlage für weitere Operationen in Sibirien geplant.

Die bolschewistische Bewegung in der russischen Kirche.

Die Moskauer „Samelja“ (Nr. 96) teilen mit, daß der bekannte Mönch Ilodor in der Stadt Jarizyn wieder erschienen ist und dort vor dem Volke Predigten hält. Ilodor, der in Rußland während des Zarismus das Volk zu Zudenepogromen aufgefordert hatte, scheint sich jetzt dem Bolschewismus angeschlossen zu haben. In seiner letzten Predigt erklärte er den Zuhörern, daß er gekommen sei, dem Volke in der Stunde der Not zu helfen.

„Ich sage“, so rief er aus, „den Völkern einen erbitterten Kampf an. Es ist die Zeit gekommen, in der unsere Kirche rekonstruiert werden muß.“ Wie seinerzeit, so sollen auch jetzt Ilodors Reden großen Eindruck auf die Volksmassen ausüben.

Die „Samelja“ machen keine näheren Angaben über die Tätigkeit Ilodors. Es ist jedoch anzunehmen, daß Ilodor sich jenem Teil der russischen Geistlichkeit angeschlossen hat, der mit der Sowjetregierung Hand in Hand gehen will. Bekanntlich streben seit längerer Zeit die maßgebenden Kreise der Sowjetrepublik nach einer Versöhnung mit der Kirche. Die religiöse Bewegung in den Volksmassen beginnt sich immer mehr breit zu machen, so daß es für die regierende Partei in Rußland von größter Bedeutung ist, die Grundhaft der Kirche zu gewinnen. Entweder sieht der größte Teil der höheren Geistlichkeit mit dem Patriarchen Nikon an der Spitze den bolschewistischen Plänen feindlich gegenüber. Doch ein Teil der Geistlichkeit, der besonders unter den vorzeitigen Anhänger findet, will der Sowjetregierung entgegenkommen, indem von ihnen eine Reformierung resp. eine Rekonstruktion der Kirche erstrebt wird. An der Spitze dieser bolschewistischen Strömung stand bis vor kurzem der frühere Freund Kabanin, der bekannte exzeptionäre Bischof Waranawa aus Tobolsk. Die Bolschewisten wollen gern Waranawa als Patriarchen sehen, doch einstweilen ist es ihnen noch nicht gelungen, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen.

Die Tätigkeit, die der Mönch Ilodor in Jarizyn und im Wolgagebiet zurzeit entfaltet, deutet darauf hin, daß die neue Bewegung in der Kirche, die ein Zusammengehen mit den heutigen Machthabern Rußlands erstrebt, sich schon bedeutende Anhänger erworben hat.

Gleichzeitig ist es aber interessant festzustellen, daß an der Spitze dieser neuen bolschewistischen Bewegung innerhalb der russischen Kirche zwei Geisteskräfte stehen, die wegen ihrer Treue dem Zarismus gegenüber und ihrer reaktionären Gesinnung halber in zaristischen Rußland bekannt waren; nämlich Waranawa und Ilodor.

Die Tragikomödie der österreichischen Ministerkrise.

Von Wien schreibt uns unser ständiger Mitarbeiter:

Es hat nicht viel Sinn, den Ursachen der Ministerkrise, die aus Anlaß der Anschließungsabstimmungen ausgebrochen ist, nachzuforschen. Sicher spielen die Realitäten der Landesregierung eine große Rolle; sicher haben auch persönliche Gründe mitgespielt, daß die herrschenden Mächte den Bundeskanzler stürzten, der bei der Bekämpfung des Heeresministeriums den feindlichen Bewerber überging; sicher ist den christlich-sozialen Mächten in den Ländern der Krone, den die Regierung Mayr in der inneren Politik einschlägt, noch zu wenig reaktionär, da man leider in Wien über die Arbeiterkrise nicht so leicht hinwegkommt, wie in den Alpenländern, aus denen die Provinzchristlichsozialen ihre politische Weisheit beziehen; sicher ist bei den Abstimmungsbeschlüssen der christlichsozialen Landesmajoritäten viel Feigheit gegenüber der demagogischen Anschlag-agitation der Großdeutschen dabei; sicher blieb der Regierung angehängt die Drohung der Entente nichts übrig, als ihre Aufrichtigkeit durch den Rücktritt zu beweisen; vielleicht ist die gegen Mayr erhobene Beschuldigung, daß er sich die Ententetrohungen bestellte, wie er sich das Abtreten des deutschen Reichsfinanziers bestellt hat, begründet und ist sogar auf Seiten der Ministerpräsidenten die Entrüstung über die Ententetrohungen und auch der Anschließungswille das Entscheidende gewesen: Was aber an der Ministerkrise und an den ihr vorausgegangenen Umständen das für uns bezeichnende ist, das ist die Tatsache der Hilflosigkeit dieses Staates und seiner Abhängigkeit von der Entente, die ihn hindert, seine eigene Politik zu machen und in allen Fragen seine Politik zwangsläufig bestimmt.

Und hier sind wir schon bei der Tragödie oder vielmehr bei der Tragikomödie der Regierung Mayr und der herrschenden christlichsozialen Partei. Denn als aus den Wahlen im Oktober vorigen Jahres die christlichsoziale Partei hervorging und die Regierung übernahm, vermaß sie sich — und das war das Hauptargument, das sie bei den Wahlen ins Treffen geführt hatte — die „Fehler“ und „Verbrechen“ der sozialdemokratischen Regierung gutzumachen. Es ist hier nicht Rede von dem demagogischen Versprechen, in Oesterreich Friedenszustände herbeizuführen, die Tenebrung zu beistimmen, die Valuta zu verbessern, und was dergleichen schöne Dinge mehr sind, obwohl gerade damit vornehmlich die Wahl-agitation obsorbt wurde. Daß die christlichsoziale Regierung dieses Wahlversprechen nicht erfüllen konnte, ist klar. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß unter der christlichsozialen Regierung die Krone von 42 auf 0,9 Schweizer Centime gefallen ist — und daß die Preise dementsprechend gestiegen sind.

Aber abgesehen von diesen demagogischen Schlagworten, an deren Ernst die Christlichsozialen wahrscheinlich selbst nicht glaubten, hat die christlichsoziale Regierung auch mit allen anderen Versprechungen, die sich aus ihrem Programm ergaben, Schiffbruch gelitten. Wenn die Regierung Kenner mit den christlichsozialen Landesregierungen in Konjunkt geriet, wurde das von den Christlichsozialen damit begründet, daß die christlichen Länder eben kein Vertrauen zu der roten Regierung haben könnten und so konnte man annehmen, daß die Regierung Mayr bei ihren Partgenossen in den Ländern mehr Autorität genießen würde und besonders, als für Oesterreich eine Bundesverfassung geschaffen wurde, glaubte man, daß nun, da die Kompetenzen zwischen Staat und Ländern klar abgegrenzt seien, die Länder in allen staatlichen Belangen die Autorität der Regierung respektieren würden. Das gerade Gegenteil ist eingetreten: Die Re-

gierung Mayr vermochte nicht einmal mit den härtesten Pressionsmitteln die Länder von den Anschließungsabstimmungen abzuhalten, obwohl der Nationalrat selbst bereits einen Beschluß über eine Volksabstimmung gefaßt hat.

Aber nicht nur in der inneren Politik ist die Regierung gescheitert, auch in der äußeren Politik hat sie bald die Erfahrung gemacht, daß sie das Versprechen, die äußere Politik anders zu orientieren, als es Kenner getan hatte, nicht erfüllen könne und sie war durch die Umstände gezwungen, offiziell dieselbe Politik zu machen, die die Christlichsozialen an Kenner so bekämpft hatten. Obwohl sie Kenner vorgeworfen hatten, daß er aus Parteigründen nicht die Freundschaft mit dem christlichsozialen Ungarn gesucht habe, und obwohl die Regierung Mayr sich wirklich bemühte, in ein freundschaftliches Verhältnis mit Ungarn zu kommen, ist Oesterreich gerade unter der Regierung Mayr in ein immer schärferes Verhältnis zu Ungarn gekommen. Die Frage der Angliederung Weingarns führte geradezu zum Bruch mit Ungarn: Der ungarische Außenminister Dr. Graf, der als Gesandter Ungarns in Wien mit der christlichsozialen Partei die intimsten Beziehungen unterhalten hatte, drohte mit Krieg, wenn es zu der im Vertrag von St. Germain vorgesehenen Angliederung des Landes an Oesterreich komme. Ja, der christlichsoziale Bundeskanzler Mayr mußte — allerdings infolge einer sozialdemokratischen Anfrage — am 1. April im Nationalrat erklären, daß die christlichsoziale Regierung die Restauration eines Habsburgers in Ungarn als eine Bedrohung der friedlichen Entwicklung der österreichischen Republik ansehen müsse, die baldige Übergabe des Burgenlandes verlange und die Herabsetzung des ungarischen Heeres auf den Friedensstand im Interesse unserer Sicherheit fordern werde!

Nicht weniger war auch die Politik Mayrs gegenüber der Tschechoslowakei eine vollständige Abkehr von den Forderungen, die die Christlichsozialen gestellt hatten. Unter der Regierung Kenner hatten die Christlichsozialen mit dem Hinweis auf die nahezu vier Millionen unterdrückten Deutschen den Versuch, ein freundschaftliches Verhältnis zur Tschechoslowakei anzubahnen, das vor allem wegen unserer Abhängigkeit von den tschechoslowakischen Kohlen- und Lebensmittellieferungen für uns so notwendig ist, verfehlt und sie haben bei den Wahlen die „Rompolitik“ Kenners zum Gegenstand heftiger Angriffe gemacht. Aus den Verhandlungen im Prager Senat erfuhr man am 8. März, daß Herr Dr. Mayr bei einer kurzen Begegnung, die er am 2. Februar mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš gehabt hatte, verpflichtet habe, die von Kenner eingeleitete Politik gegenüber der Tschechoslowakei fortzusetzen.

Es liegt uns natürlich fern, der Regierung Mayr irgend welche Vorwürfe deshalb zu machen. Wenn nicht Herr Mayr, sondern ein anderer Bundeskanzler gewesen wäre — etwa einer von der Wiener Christlichsozialen Fraktion oder auch einer von den Landbergern, die ihn jetzt gestürzt haben — so hätte er es auch nicht anders machen können. Deshalb ist es ja auch ganz gleichgültig, wie die Ministerkrise gelöst wird, ob Mayr bleibt oder ein anderer Christlichsozialer an seine Stelle kommt. Wie die äußere Politik unseres lebensunfähigen Staates durch die äußeren Machtverhältnisse diktiert wird, so wird die innere Politik von den Machtverhältnissen der Klassen bestimmt — und reaktionäre Gelüste jeder Regierung werden an der Macht und an der Einheit der Arbeiterklasse zu scheitern werden.

Arbeiter-Olympiade in Prag.

Am 25. Juni wird in Prag die sogenannte Arbeiter-Olympiade, eine internationale Veranstaltung der Arbeiter-Turnvereine, beginnen. Aus der Tschechoslowakei nehmen allein 30 000 Turner an der Olympiade teil, doch sind aus allen Län-

dern harte Gruppen angemeldet, darunter auch aus Deutschland. Der Ausschuß der Arbeiter-Olympiade hat eine Reihe Sozialistischer Führer nach Prag eingeladen. Aus Deutschland wird Scheffler nach Prag folgen. (Die „Volksmacht“ wird gleichfalls durch ein Rekrutierungsmitglied vertreten sein.) Der Schauplatz der Veranstaltung ist das riesige Stadion auf dem Hochplateau des Petereberges, das weit über 100 000 Plätze für Zuschauer faßt. Die Olympiade wird vom 25. bis 29. Juni dauern. Für die Beteiligung der Teilnehmer ist ein Einheitspreis vorgegeben. Den Teilnehmern wird auf den tschechoslowakischen Bahnen eine fünfzigprozentige Fahrgeldermäßigung und für Ausländer die Befreiung von der Visumbesatzung gewährt.

Aus dem Parlday.

Otto Brauns Staatsrede. — Stegerwald über die Umbildung der Regierung.

Als erster Redner zum preussischen Etat kam am Montag Genosse Otto Brauns zu Wort. Er stellte seinen Ausführungen daran, daß die Finanzlage in Preußen abhängig sei von der Lage im Reich. Ueber das Finanzjohnd im Reich zu kommen, hätten die Rechtsparteien im Reich kein Recht, denn ihre Leute seien es doch gewesen, die diesen Zustand durch ihre Kriegs- und Innenpolitik, verschuldet hätten. Nach 1918 sollte Herr von Wangenheim jeden Staatsmann an die Wand stellen lassen, der es wagt, einen Frieden ohne Artgenossenschaft und ohne Gebietsverweigerung abzuschließen. Wie diese Leute von rechts, so erschwerten von links die Kommunisten die Lage des Landes, indem sie verantwortungslos Deutschland reif machen wollten für die Moskauer Ideale.

Der Herr Finanzminister hat besondere Betonung auf die Worte gelegt, daß wir durch Einschränkung der Ausgaben kommen müssen. Ich meine, wir dürfen nicht so sehr die Einschränkung im Konjunkt betonen, denn sie ist schon lange da, viel mehr, als unserer Volksseele gesund ist. Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke sind deshalb notwendiger Natur und müssen ausgegeben werden. Das Wichtigste ist die Erhöhung der Erzeugung, die aber nur möglich ist, wenn wir unser Volk wieder auf den Kulturstand bringen, auf dem es vor dem Krieg stand. Wenn der Herr Finanzminister darauf hinwies, daß die Gehälter der Beamten um 25 bis über 500 Prozent gestiegen sind, so muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die Kosten der Lebenshaltung um das Zehnfache, in Bezug auf manche Bedürfnisse um das Dreifache gestiegen sind. Den Arbeitern kommt die Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit usw. noch hinzu. Vielen Leuten Einschränkung und Ent-

sparung bringt uns aber nicht daran vorbei, neue Einnahmen zu schaffen. Auch hier sind wir vom Reich abhängig und deshalb an der Politik des Reiches interessiert. Das Reich muß mindestens 70—80 Milliarden jährlich mehr an Einnahmen hereinholen. Es muß zunächst reelles die beschlossener Steuern hereinholen. Es muß die Hand legen auf große Vermögen und große Einkommen, nur dann kann man auch den armen Leuten Opfer zumuten. Hier kann auch die Volkspartei beweisen, ob und wie sie mitarbeiten will an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Ententemächten.

Der Finanzminister hat zwar gesagt: Keine Ausgaben ohne Deckung, er hat aber die Art der Deckung nicht einmal angedeutet! Wenn der Finanzminister auf die Hilfe verweist, die Preußen vom Reich zu erwarten habe, so mache er sich die Sache sehr leicht. Er hätte wenigstens sagen sollen, wo er zuerst mit der Erhöhung der Einnahmen beginnen will. Die Grundsteuer will er den Gemeinden vorbehalten. Wie soll denn da der Grundbau keine Ausgaben ohne Deckung durchgeführt werden, wenn auch noch diese einzige extra-gewöhnliche Quelle vom Staat nicht in Anspruch genommen wird? Mit Quasibalanzen befreit man nicht 2,3 Milliarden Defizit, dazu kann man die Grundsteuer garnicht entbehren. Nur dann kann man von der Arbeiterklasse erwarten, daß sie Steuern zahlt, wenn auch das Bürgertum keine Zahlungspflicht erkennt! Wir verlangen vor allen Dingen, daß in der Fortentwicklung der demokratischen Einziehung des Staates kein Stillstand eintritt, daß die noch lebenden Verfassungsorgane für Gemeinde, Kreis und Provinz rasch und in wirklich demokratischem Sinne geschaffen werden. In demselben Sinne muß die weitere Umstellung der Verwaltungsverhältnisse fortgesetzt werden. Es ist jetzt sehr fraglich, ob eine Regierung, die angewiesen ist auf die Hilfe der Rechtsparteien, einer derartigen Aufgabe gewachsen ist. Das Kabinett wird sich wohl zu überlegen haben, ob es als Ausschüß einer Minderheit im Parlament, gestützt auf die Kräfte der Rechtsparteien, den genannten Aufgaben entsprechen kann. Ich hoffe, daß die beiden Regierungsparteien Veranlassung nehmen werden, sich zu dieser Frage zu äußern. Der jetzige Zustand läuft auf eine Mißkreditierung des Parlamentes hinaus. Der Ausnahmezustand, der noch in einzelnen Teilen Preußens besteht hat keine Berechtigung mehr, deshalb verlangen wir, daß die Regierung bei dem Reichskabinett für die Aufhebung eintreift. Die Entlastung muß rasch und gründlich durchgeführt werden. Alle Versuche, das stufbeladene, monarchistische System wieder einzuführen, sind zum Scheitern verurteilt und

Hungerland.

Von Georg Werner.

(Nachdruck verboten.)

11) Daß er das machen konnte und würde sich ihm die Mutter an. Deshalb gab sie ihm, wenn auch mit Widerstreben, das Gemütsge.

10) Nachts, gegen 2 Uhr, kam er nach Hause. Zeile legte er sich ins Bett. Als ihm die Mutter zwei Stunden später weckte, fand er auf wie sonst. Er ließ es sich nicht merken, wie schwer ihm wurde. Die Mutter sollte keinen Anlaß zum Sorgen haben. Aber die nächsten Tage mochte sie ihm doch Vorhaltungen machen. Er hatte sich dem Abend ausgezehrt untermalt und war schon wieder Verpflichtungen für den nächsten Sonntag eingegangen.

Den nächsten Sonntag wiederholte sich die Szene. Diesmal erklärte Wilhelm kurz und knapp, er gebe in Zukunft nicht mehr sein ganzes Geld ab, sondern er wolle eine bestimmte Summe für sich haben.

Ueber diesen Punkt entspannen sich im Laufe der Woche lebhaftere Erörterungen. Zuletzt einigten sich Mutter und Sohn dahin, daß er nun wöchentlichen Abzug 5,50 Mark abgeben müsse, vom Lohn könne er sich ebenfalls zwei Mark behalten. Wilhelm war zufrieden. Er hatte jetzt im Monat sechs bis acht Mark Taschengeld und damit hoffte er auszukommen.

Die nächsten Tage in Steiger Anglers Revier, die besonders in Afrika geschäftig wurden, erregten auch Aufsehen bei anderen Zentern. Allgemein sprach man von dieses Schanzens. Sehr oft mußten die in Afrika Geschäftigen von anderen Kameraden das Wort hören: „Rechtens ist so wenig ich sehen schon längst fortgegangen.“ Diese Redensarten, verbunden mit der Enttarnung, die durch die Behandlung und schlechte Bezahlung entstand, veranlaßte so manchen, an ein Verlassen der Heimat zu denken. Seit Jahrzehnten waren solche Vergleiche in die Welt gezogen. Wenige fehlten zurück, aber auch diese waren schon längst Zeit wieder verkommen. Sie hatten in der Ferne andere Beschäftigungen gefunden und konnten sich nicht mehr in die heimischen Zustände des Reviers halten. Auch alle überlebenden zurück, es gebe ihnen besser als daheim. Daher konnte der Wunsch, die Heimat zu verlassen, bei den Schanzern in jenen der Welt als bestimmtes Motiv gelten.

Als Steiger Angler nun Monate lang die Leute keine ible Lasse hören ließ, dachte mancher aus Fortziehen. Den Gedanken hatten sie bisher fast alle ferngehalten. Verschiedene waren zu alt, bei anderen wollten die Frauen nicht. Aber die letzten Monate hatten Wandel gebracht.

Es war wenige Tage nach dem Sonntag, der wiederum sehr schlecht ausgefallen, als des Morgens bei der Stafahrt Wilhelms Kamerad plätsch sagte: „Gestern war ich in der Wirtschaft zur Stadt Friedland in Waldenburg. Dort ist ein Steiger aus Westfalen, der heute für sechs Tage Friedrich der Große in Ferne anwirft. Ich habe mich anschreiben lassen.“ Den Worten folgte Schweigen.

Aber während der Fahrt dachte so mancher in Wilhelms Arbeitsstelle und fragte, unter welchen Bedingungen die Anwerbung erfolgt sei. Und jeder erfuhr vom dem Angeworbenen: „Für Häuser beträgt der Durchschnittslohn 5,50 Mark für die Woche. Der Steiger hat die Lohnlisten bei sich und zeigt jedem, daß jeder ein wenig verdient wird. Die Fahrt für die Familie und die Möbel ist frei. Nach der Ankunft in Ferne wird ein Bordbuch gegeben, damit jeder das nötige tragen kann. Der Steiger hat zwei Arbeiter mitgebracht, einer aus ihnen ist der lange Biber, der früher bei uns im Revier gearbeitet hat. Beide helfen bei der Arbeit.“

In diesem Morgen teilte es in allen Betrieben in Afrika. Zwei Tage später hatten sich aus den vierundzwanzig Mann im Revier schon für Westfalen entschieden lassen.

Als einer nach dem anderen Steiger Anglers Jünger betrat, um zu kündigen, verschwante dessen herausfordernder Ton, mit dem er die ersten begrüßt hatte. Der Letzte war ein Arbeiter, den eine Generationsfrage hatte heizen müssen. Er besaß ein eigenes Haus und sein Lohn hatte sich niemand erwartete, daß auch er nach Westfalen gehen würde. Ein ruhiger, vernünftiger Arbeiter war es, der allgemeine Achtung besaß.

Auch Sie, Herr, wollen gehen? Was ist denn los? fragte ihn der Steiger. Doch gerade bei diesem Arbeiter lag die Entscheidung am schwierigsten. Er hatte sich kein Wort mit seiner Frau geschrieben, weil diese ihm immerwährend Vorwürfe machte, sie wolle nicht zur die Kinder, sondern auch vom Kapital zum Hausbau beitragen. Am Tage zuvor hatte sie sich gerast, wie noch nie in den ganzen Jahren ihrer Ehe. Dem Steiger Angler gab diesem die Schuld mit der ganze Schritt hatte der Fall gegen diesen Arbeiter in ihm gemüht. Und nun sollte ihn der Steiger diese Frage! So hat ihn erstickt über den Mund.

„Ich war ihm alles egal. „Du Laufhund, Du bist ganz alleene schuld, daß mir fortmüßig“ sprach er. „Du verflucht, er Wutsauger! Tut schon nicht was dich, Das du miserables!“ Und in demselben Moment hatte Steiger Angler einen Schlag ins Gesicht erhalten, der das Blut aus Nase und Mund strömen ließ.

Unbehelligt verließ Bekend die Steigerstraße. Aber noch am selben Abend fuhr er nach Westfalen, nachdem er dem alten Steiger, mit dem er durch seine Frau entfernt verbandt war, fluten Wein eingeschickt und ihm erzählt hatte, wie er sich von seinem früheren Schanzkammeraden, den er oft bei den Schularbeiten gefaßt, verabshiedet habe. Dieser aber ließ die Sache auf sich beruhen. So gern er den Vorfall als sozialdemokratische Mache hingestellt hätte, hier ging es nicht. Denn hinter diesem Arbeiter standen einige Bauern, denen die Grube mit gehörte, die die Wahrheit konnten und bei denen er sich als Lügner blamiert hätte.

Nach Afrika waren andere Arbeiter gekommen. Teils kamen sie aus Steiger Anglers Revier, teils kamen sie von der benachbarten Grube. Hier waren in einer Bauabteilung sämtliche Kohlen weggeholt und eine Anzahl Bergleute übrig geworden.

Die Mehrzahl dieser nach Afrika gekommenen Arbeiter hatte bisher die zwölfstündige Schicht mitgemacht. Als Krause sie fragte, ob sie das auch in Zukunft tun wollten, bejahten sie die Frage. Krause aber getraute sich nicht, sie zu einer anderen Ansicht zu zurecht. Es waren mehrere unter ihnen, die im Jahre 1888 nicht mitgetreut hatten. Mit ihnen hand er sich nicht gut und fürchtete, sie würden dem Steiger alles überbringen und wenn möglich, noch eine ganz gehörige Portion dazufügen. Und die Rot zwang ihn, sich in Acht zu nehmen.

Freitags waren die neuen nach Afrika gekommen; am folgenden Sonntag wurde wieder zwölfstündig gearbeitet. Als die gewöhnliche Arbeitszeit um war, die zehn Stunden währie, packten Krause und Wilhelm ihr Geheiß in gewohnter Weise weg, ihr Kamerad aber erklärte: „Ich bleibe noch zwei Stunden hier. In der Straße sind einige Hölzer gebrochen, die will ich erneuern.“ Krause und Wilhelm waren entsetzt, als sie diese Worte hörten. Sie hatten gehofft, ihr neuer Kamerad, der sonst sehr gut zu ihnen sagte, würde sich ihnen anschließen. Das mochte der Neue merken, denn er entschuldigte sich, indem er sagte: „Mir ist das Gangarbeiten auch schon über, aber bleibt man nicht mit in der Grube, hat man den Schanz. Wenn alle ausführen, wäre ich schon tot.“ Aber! Kein, am besten ist es, ihr bleibt auch hier.“

(Fortsetzung folgt.)

wer mit Gewalt hofft, der Monarchie wieder Platz zu machen, wird von dem Volke eine Antwort erhalten, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Warum soll man nicht 1 Milliarde aus dem Sohlenlochern herausnehmen, für Deutschlands Wiedergutmachungsleistungen? Eine beratige Maßnahme würde nur dem Rechtsempfinden der weitesten Volkstrenne entsprechen. Auf jeden Fall wird man sich damit abfinden müssen, daß wir in Preußen-Deutschland nur einen Ausfall erleben können, der auf demokratisch-republikanischem Wege liegt.

Nach der Rede unseres Genossen Braun beschäftigte sich der Zentrumsredner von Papen eingehend mit den Einzelheiten des Etats. Er lehnt die Grundsteuer für die Gemeinden ab, begünstigt die geringe Zahl neuer Beamtenstellen und wünscht die Befreiung der Verwaltung der Kreisämter, „wo die Beamten keine Amtshandlungen tun“. Beim Kultusetat konstatiert er eine verträgliche Verpfichtung des Staates, die Kirche „fortlaufend mit entsprechender Ausstattung“ zu versorgen. Er wendet sich gegen die wettliche Schule als als Notmaßnahme, solange diese Frage nicht reichsgesetzlich geregelt ist. Der Reichsnationale von Dr. Peter sen nahm scharf Stellung gegen unseren Genossen Braun, hängte aber den Anschein zu erwecken, als ob auch er für gemeinsame Arbeit sei. Der Volksparteileiter von Richter unterstrich diese „gemeinsame Arbeit“ noch mehr. (Die Volkspartei möchte auch heute noch gern in Preußen in die Regierung.) Von Richter ging sogar soweit, zu sagen, daß man nicht zuerst auf kulturellem und sozialem Gebiet sparen dürfe. Wir werden Gelegenheit nehmen, die Herren an diesen Ansprüchen zu erinnern. Der Kommunist Dr. Meyer benutzte seine Rede zu der üblichen Zeremonie auf Justiz und Polizei, während der Unabhängigkeit. Er schloß sich gegen die Kommunisten wendete, denen er sagte, daß ihr Kampf gegen die eigenen Klassen genossen die Schuld trage an der Schwäche der Arbeiterklasse. Der letzte Busch sei ein unfähiges Verbrechen an der Arbeiterklasse gewesen. Der Demokrat Dejer nahm deutlich zu der Frage der Regierungsbildung Stellung und sagte, es sei nicht erwünscht, immer neue Regierungskrisen zu schaffen. Die Frage sei heute nicht akut, aber wenn sie akut werden sollte, sei seine Partei bereit, der Neubildung der Regierung „auf breiter Grundlage“ näherzutreten. Damit hat Dejer im Landtage, wie Peter sen im Reichstage, deutlich erklärt, daß die Demokraten auf die Hinwegnahme der Volkspartei bestehen.

Eine entscheidende Erklärung gab Stegerwald ab. Er führte als Antwort auf die Andeutung des Genossen Braun aus, daß nach der Frage im Reich die Umbildung der Regierung in Preußen politisch erwünscht und sachlich notwendig sei. Wir stehen, sagt Stegerwald, vor großen sozialen Umwälzungen, von denen sich der größte Teil unseres Volkes heute noch gar keinen Begriff macht. Politisch ist die Revolution abgeschlossen, aber wirtschaftlich und sozial steht sie noch im Anfang. In den letzten 6½ Jahren hat Deutschland auf Wump gelebt, und mit Zukunftsweisheit gearbeitet. Das ist heute nicht mehr möglich. In den nächsten Jahrzehnten kann nicht mehr Politik nach altem Muster gemacht werden. Die Aufgaben, die Deutschland zu lösen hat, sind von den breiten Massen des Volkes zu lösen. Die breiten Massen des Volkes müssen lernen, sich in ihrer Lebenshaltung einzufügen. (Hier wird Stegerwald von der Linken auf das lebhafteste unterbrochen.) Regierungsexperimente auf schmaler Basis sind heute nicht mehr möglich. Persönlich kann ich gegenwärtig nichts tun, da ich beim letzten Mal von der Sozialdemokratie nicht gewählt wurde, kann ich diese Partei nicht in die Regierung einbeziehen. Voraussetzung für meine Tätigkeit in dieser Frage ist die Herbeiführung einer Verständigung einer Partei mehrheit im Hause, darüber, auf welcher Grundlage die Regierung gebildet werden soll, und wer Ministerpräsident wird. Erst dann kann ich eingreifen. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen sind, ist es mir unmöglich, zuzutreten, und der Welt das Schauspiel einer neuen Regierungskrise und neuer Erbitterung in Preußen zu geben.

Nach dieser Erklärung ist deutlich zu erkennen, daß die beiden Regierungsparteien auf die Hinwegnahme der Volkspartei bestehen. Da die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor dies entschieden zurückweist, wird die Spannung im Landtage entschieden verschärft.

Stegerwald und die Sozialdemokratie.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten bezüglich der Regierungsbildung in Preußen u. a. folgendes: „Vielleicht meint Herr Stegerwald durch sein Verhalten eine Prestige auf die Sozialdemokratie nach der Richtung hin ausüben zu können, daß diese ihren Widerstand gegen die Blockgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei aufgibt, sobald sie erkennt, daß anders als durch diese Koalition das Ministerium Stegerwald nicht zu besetzen ist. Diese Rechnung hätte ja insofern etwas für sich, als tatsächlich das letzte Kabinett Stegerwald mit seiner inneren und äußeren Abhängigkeit von der Rechten in unseren Augen eine sehr unerfüllbare Erscheinung ist, deren Beseitigung wir für eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart halten. Aber Herr Stegerwald ist sich wohl bewusst, daß die Sozialdemokratie diese Beseitigung durch ein Opfer ihrer Überzeugung erstreben wird. Die Sozialdemokratie will das Kabinett Stegerwald besetzen, weil sie in ihm einen Hemmschuh für die wichtigsten Aufgaben der preussischen Politik, namentlich für die Durchführung der Verwaltungsreform erblickt. Die Sozialdemokratie will ferner das Kabinett Stegerwald besetzen, weil es in den wenigen Wochen seiner Existenz schon gezeigt hat, daß es den mit vieler Mühe begonnenen Umbau des Verwaltungsapparates durch eine ganz und gar verkehrte Personalpolitik im Sinne des alten Systems wieder rückwärts zu bewegen vermag.“

Wenn Herr Stegerwald, etwas sehr selbstbewußt, sich den Zeitpunkt für seinen Rücktritt vorbehalten hat, so sollte er nicht veressen, daß es in einer Demokratie nicht ganz im Belieben eines Ministeriums liegt, sich seine Sterbestunde selber auszusuchen!

Der Mörder Rosa Luxemburgs?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie die Berliner „Freiheit“ mitteilt, ist der Leutnant Krull, der an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt sein soll, von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Krull war Verbindungsoffizier in dem berühmtesten Sturmabteilungsbataillon, das im Oktober 1919 entgegen dem Verbot der Reichsregierung über die ostpreussische Grenze ging. Nach der „Freiheit“ soll Krull sich schon damals vor seinen Kameraden groß getan haben, daß er der unbekannt gebliebenen Schlinge gewarnt sei, der auf dem Tribünen des Autos stehend, den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Das Verfahren gegen ihn soll aber erst in nächster Woche beginnen, als er eine Uhr zum Verkauf weitergab, die als Eigentum der Ermordeten wiedererkannt wurde.

Der Prozeß gegen Brandler.

Am Montag normittag begann vor dem Sondergericht beim Landgericht I in Berlin der Prozeß gegen den Vorsitzenden der R. A. P. D. Brandler. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, die Pflicht gehabt zu haben, die Verfassung des Reichs gewaltlos zu ändern und zum Angehörigen gegen die Gewalte aufzufordern, sowie verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufzuhetzen zu haben. Die Personalübernahme des Angeklagten ergibt, daß er in Karlsruhe (Deutschland) geboren ist und kurz nach der Revolution 6 Wochen lang Unterkanzler in Sachsen war. Die Personalübernahme bezieht sich auf die Verfassung vom 3. März, die die Zentrale der R. A. P. D. im März d. J. in der „Roten Fahne“ hat erscheinen lassen. Einzigartig Artikel hat begründet

Inhalts und fordern die Arbeiterschaft auf, das Bündnis mit Sozialdemokratie zu lösen und den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Der Angeklagte betont zunächst, daß er für die Aufgabe die volle Verantwortung übernehmen und alle Fragen nicht beantworten werde, die eine Belastung anderer Personen ergeben könnten. Brandler lehnt es ab, dem Vorsitzenden auf die Frage zu antworten, wer die Artikel geschrieben hat und erklärt lediglich, daß die Zentrale der R. A. P. D. damals zu der Situation Stellung genommen habe und ein Mitglied beauftragt worden sei, die Artikel zu verfassen. Sodann hält der Angeklagte einen politischen Vortrag über die inneren Verhältnisse während dieses Frühjahrs vom kommunistischen Standpunkt aus. Er macht der deutschen Regierung den Vorwurf, daß sie nach der Abkündigung in Oberösterreich Massenmordaktionen vorgenommen habe und das Abstimmungsresultat mit Gewalt zu forcieren. Zu gleicher Zeit habe der bayerische Ministerpräsident erklärt, daß Bayern sich in der Entwaffnungsfrage nicht unterwerfen würde. Kurze Zeit später sei dann die im Frühling geleitete Aktion der Schutzpolizei in Mitteldeutschland begonnen worden. Alle diese Tatsachen wären für die Kommunisten ein Beweis gewesen, daß die deutsche Konterrevolution zur militärischen Aktion in Oberösterreich und zur Abwehr der Sanctionen Schreie, zunächst aber die Abkündigung der Hochburg der Kommunisten in Mitteldeutschland zu zerstören. In der Abwehr dieser Gefahr habe die R. A. P. D. den Generalstreik proklamiert. Die Verkündung des Vorwurfs, Sie bestreiten also, daß des Hochperrats schuldig gemacht zu haben, beantwortete Brandler: „Jawohl, man müßte uns für Adolten und Karren halten, wenn man glaubt, daß wir mit diesen Vorwürfen den Sturz der Verfassung hätten herbeiführen wollen.“ Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme beruft sich der Angeklagte auf mehrere Zeugen, die ihn seit langem kennen und bekunden würden, daß er in der politischen Entwicklung stets die Anwendung von Gewalt abgelehnt habe. Die verschiedenen Zeugen bestätigen, daß Brandler tatsächlich bei kritischen Anlässen auf die Massen beruhigend zu wirken versuchte und vor Gewalt warnte.

Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. In der Nachmittags-Sitzung kam der Staatsanwalt zu Wort, der nach längerer Ausführungen 7 Jahre Festungshaft beantragte. Das Urteil des Gerichts lautet auf 5 Jahre Festungshaft wegen Hochverrats. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß die Aufgabe der Zentrale und der „Roten Fahne“ zu den schwersten Verbrechen und Gewalttätigkeiten im März beigetragen haben. Wenn Brandler selbst auch nicht aktiv dazu beigetragen habe, so müsse dennoch die Urheberschaft ihm zur Last gelegt werden, da das Ziel die Diktatur des Proletariats war.

In dem Schlusswort äußerte Brandler u. a., daß die Diktatur des Proletariats tatsächlich nicht den zehnten Teil von Maßnahmen erfordere, wie sie die letzte Regierung gebraucht. Seines Erachtens ist es sogar möglich, daß die Diktatur ohne Anwendung der Reichsverfassung eingeführt werden kann.

Freispruch im 4. Kriegsverbrecherprozeß.

Im Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Neumann vor dem Reichsgericht ist der Angeklagte freigesprochen worden. Aus der Begründung des Reichsgerichtsurteils gegen den Kapitänleutnant Neumann ergibt sich, daß der Beschuldigte freigesprochen worden ist, weil er bei Ausführung der ihm zur Last gelegten Verletzung einem dienstlichen Befehl gehorcht hat. Ob ein solcher Befehl rechtmäßig oder rechtswidrig war, ist in diesem Verfahren nicht entschieden worden. Diese Frage bildet den Gegenstand eines anderen Verfahrens.

Aus der Provinz Schlesien.

Zur Beendigung des Waldenburger Bergarbeiterstreiks.

Von der Streikleitung wird aus geschrieben: Am Freitag, den 3. Juni, haben im Reichsarbeitsministerium in Berlin Verhandlungen stattgefunden, an denen der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister persönlich teilnahmen. Diefelben dauerten den ganzen Tag und endeten mit einem Uebereinkommen auf folgender Grundlage:

Ab 1. Juli werden von jeder Tonne, um die das niederschlesische Revier in der Kohlensteuer befreit wird wie das Ruhrgebiet, 30 Pf. je Schicht für Löhnerhöhung vermandt. Die Löhnerhöhung wird einschließlich der bereits im Schlichtspruch vom 18. Mai vorgesehenen Erhöhung von 60 Pf. durchschnittlich 5 Pf. betragen. Die Verteilung derselben auf die einzelnen Gruppen erfolgt in der Bezirksamts-Gemeinschaft. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium setzen sich dafür ein, daß das Reichsrecht bereits vorliegende neue Kohlensteuergesetz in diesem Sinne zustande kommt.

Am Sonnabend, den 4. Juni, nahm eine Konferenz der Vertrauensmänner und Betriebsräte zu diesem Vorschlage Stellung. Die Streikleitung empfahl, trotzdem der Vorschlag nicht befriedigend war, die Annahme desselben, weil mehr zurecht nicht zu erreichen sei. Selbst wenn der Streik noch einige Wochen dauern würde, sei kein anderes Ergebnis zu erwarten. Nach längerer heftiger Debatte, in der von allen Seiten zum Ausdruck kam, daß das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedigend war, allen Dingen wurde bemängelt, daß die Löhnerhöhung erst ab 1. Juli in Kraft treten soll; es wurde dem Antrage der Streikleitung in geheimer Abstimmung mit 178 gegen 41 Stimmen zugestimmt.

Nach dem Statut des Bergarbeiterverbandes entscheidet die Revierkonferenz über die Beendigung des Streiks. Da der Beschluß der Konferenz gleichbedeutend mit der Beendigung desselben ist. Voraussetzung für die Beendigung war noch die Zustimmung der Arbeitgeber zu dem Uebereinkommen vom 3. Juni. Die Zustimmungserklärung ist am Sonntag, den 4. Juni erfolgt.

Für Sonntag, den 5. Juni, waren 18 lombardische Mitglieder-Veranstaltungen einberufen. Die Veranstaltungen verließen zum Teil recht kümmerlich, teilweise ruhig und sachlich. Darin herrschte Uebereinstimmung, daß das Gebotene nicht befriedigend, andererseits sah die große Masse der Versammelten ein, daß selbst durch einen längeren Streik momentan nicht mehr zu erreichen sei. Von kommunistischer Seite bewußte man sich rechtlich, die Bergarbeiter zum Weiterstreiken zu veranlassen, dabei konnte man recht deutlich merken, daß es ihnen nicht um die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter zu tun ist, sondern lediglich um die Verfolgung ihrer phantastischen politischen Ziele.

Durch den Beschluß der Revierkonferenz ist somit das Ende des Streiks erreicht. Nach Verständigung mit dem Arbeitgeberverein am Sonntag erfolgt die Arbeitsaufnahme am Dienstag früh. Zimmerhauer sollen bereits am Montag abend zur Arbeit anfahren, um eingetretene Hindernisse zu beseitigen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß am Dienstag früh die Arbeit nicht in vollem Umfange aufgenommen werden kann, weil angenommen ist, daß während der Dauer des Streiks Brüche geschehen sind, die erst beseitigt werden müssen. Diefelben Mitglieder, die davon betroffen werden, erhalten für diese Tage die Streikunterstützung weiter.

Wenn auch das Erreichte nicht befriedigend ist, so ist doch für die streikenden Bergarbeiter ein menschenwürdiger Erfolg zu verzeichnen. Dieser Erfolg war nur möglich durch das einmütige Zusammenhalten in der gemeinschaftlichen Organisation; das ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter ohne Organisation machtlos wären. Diese Einigkeit und Geselligkeit zu wahren und aufrecht zu erhalten, liegt im dringenden Interesse der Bergarbeiter.

Wie ersehen kann, hat Streik so einmütig wie es immer wieder, auch in anderen und dem Beschluß und der Durchsicht der Gewerkschaften Folge zu sein.

Nur teilweise eingefahren.

Auf den Gruben sind die Belegmaschinen nur teilweise eingefahren. Es befinden sich im Waldenburger Revier eine ganze Menge kommunistischer Agitatoren, die versuchen, den Streik noch weiter hinauszutreiben.

Der Verband hat eine ganze Anzahl große Versammlungen abgehalten, zu denen eine große Menge Neugieriger sich eingefunden haben. Ein Teil der Nichteingefahrenen hält auch zurzeit Versammlungen ab. Sie wollen durch Drohungen die Verbandsleitung zwingen, den Streik weiter zu finanzieren. Die Verbandsleitung lehnt aber dieses Ansinnen ab.

Für den Verband und für sämtliche in Betracht kommenden Organisationen ist der Streik am Montag durch den Beschluß der Betriebsrätekonferenz, der mit 178 gegen 41 Stimmen die Beendigung des Streiks ergab, beendet. Die Kommunisten werden versuchen, vielleicht mit Gewalt die Einfahrenden vom Einfahren abzuhalten.

An die Streikenden.

Die Streikleitung richtet folgenden Aufruf an die Streikenden:

Von kommunistischer Seite wird versucht, die Bergarbeiter zum Weiterstreiken aufzuheizen. In Versammlungen reden sie den Arbeitern vor, nicht 10 Mark, sondern 15,20 Mark und noch mehr müßten gefordert werden.

Die Unsinngigkeit derartiger Forderung beweist, daß es den Kommunisten nicht auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter ankommt, sondern lediglich darauf, in Niederösterreich ein zweites Mitteldeutschland zu schaffen und die Arbeiter in Not und Elend zu stürzen. Ein weiterer Beweis dafür sind die gestern von dieser Seite verteilten Flugblätter, in denen die Notstandsarbeit als Streikbrucharbeit bezeichnet wird. Durch Einhalten der Notstandsarbeit würden die Betriebe zugrunde gerichtet und jedem vernünftig denkenden Arbeiter dürfte es klar sein, daß bei einem Erlausen der Gruben nur die Arbeiter die Leidtragenden sein würden.

Wie feige sich die Kommunisten bei ihrem Bestreben, die niederösterreichische Bergarbeiterchaft in unerhörtes Elend hineinzutreiben, benehmen, geht daraus hervor, daß die Flugblätter anonym und weder mit Unterschrift noch Drucker versehen sind.

Es soll hier dasselbe Spiel getrieben werden, wie schon so oft in anderen Gegenden Deutschlands; die Arbeiter werden erst durch unverantwortliche Forderungen in Not und Elend gestürzt und dann von den Urhebern des Unglücks im Stich gelassen. Sie verschwinden spurlos und die Arbeiter und ihre Familien haben die Folgen des verbrecherischen Spiels zu tragen.

Kameraden!

Folgt den Lockungen der unverantwortlichen Elemente nicht. Der Streik ist ordnungsgemäß durch Beschluß der Vertrauensmänner- und Betriebsräte-Konferenz, die laut Statut die entscheidende Abstimmung vorgenommen hat, beendet. Wer dennoch weiterstreikt, tut es auf eigene Rechnung und Gefahr.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkschaften Schlesien Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkschaften S. D.

Die Saluta.

Trotz der Tropenhitze war das Vieh-Theater am Sonnabend zur Premiere des „Zurbarons“ vollständig ausverkauft. Einen nicht geringen Prozentsatz der Besucher stellen wohl unsere Kesselfeinde, die, geräberd von dem Ausit-Lausgierm gelotten und gebraten in den sonst nur in Pottentottenregionen mit bezarterer Intensität stehenden Sonnenstrahlen überhitzt nicht wille.. waren, sich des Abends den Kopf mit Wehrästelproblemen zu zerreiben. Alles hoch gespannte Ansprüche an Logik, an die sittliche Kraft der Kunst u. dergl. m. läßt man eben draußen vor den Theaterportalen, wenn man sich einen „Zur“ machen will. Und einen Zur gab's, dafür bürgte allein schon der Name Paul Westermeyer, der im reichlichen Schweiß seines Angesichts mit jedem Hohl seiner nur nach Ellen zu messenden Gestalt „arbeitete“ und ein „Blauhalschen“ auf die nicht eben kurzen Beine stellte, das bei allem Chaganzant seines Gefieders ein toller Spahogeel blieb. Unterföhigt wurde er aufs taktkräftigste von seinem würdigen Kompagnon aus der sauberen Gilde der Feinbetreiber, dem Stotterwilschelm Georg Brizze s. Das aristokratische Element vertrat Robert Wegn und Oskar Linke mit weniger blaustelligen, aber recht wirkungsvollen Männen. Wäre der „Zurbaron“ nicht schon ein Vorkriegszeitenergebnis, so hätte es bei der Figur des Margarinefabrikanten Winibich (Bruno Wiesner) sicher nicht an aktuellen Anzüglichkeiten gefehlt. Die weiblichen Rollen bieten keine so günstige Gelegenheit, sich nach Herzgenuß auszusuchen. Carla Lühnen, Joscyl Wallis und Emmi Loned kamen ihren Verpflichtungen getreulich nach, ohne jedoch allzu sehr in den Vordergrund zu treten.

Das Publikum nahm den „Zurbaron“ als einen Neben alten Bekannten auf. Die sinnige Weise, kleine Mädchen müßen schlafen gehen“ feierte ebenso wie der sich mit unausrottbaren Hartnäckigkeit einwirkende Schläger „Wenn ein Käbel einen Herrn hat“ fröhliche Uffand. Ludwig Michalek und Karl Wappars verhalten ihrerseits dem Wiederbelebungsversuch ohne Steinmäßige Verjüngungsoperation zu einem recht „warmen“ Erfolg.

Die Saluta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	6.6.	4.6.	6.6.	4.6.
Amerikan. Dollar	1,52	1,58	Schweiz. Franken	8,93
Englische Schilling	7,98	8,07	Österr. Kronen	676,58
Frankos.	18,75	18,94	Polnische Mark.	705,21
Holländ. Gulden	4,51	4,55	Schweiz. Franken	107,24
				106,61

Bereinstalender.

Sammelfestversammlung. Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses. Nur für Mitglieder. Tagesordnung: 1. Bericht des Amtsgerichts und Bestimmung über die Tagung unseres Schiedsgerichtes. Referent: Genosse Stadtrat Senf. 2. Bericht über den Einfluß der Mitgliederliste.

Deutscher Eltern-Verband. Dienstag, den 7. Juni, abends 7½ Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung wichtig. Mitgliedsbuch dient als Antwort. Die Ortsverwaltung.

Revier-Konferenz. Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 Uhr. Zusammenkunft im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Briefkasten.

Einige Anfragen sind eine Bezugsquittung betreffend. Bezugsquittungen erhalten werden kann auf Bestehen von dem Redaktions-Büro oder durch den Postboten gegen die Postquittung bezogen.

Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.

1. 122. Da Ihnen der Ged. von 1211 schon bewußt und belüchelt, daß nicht bezugsfähig ist, wäre es empfehlenswert, sich einmal an das Redaktions-Büro zu wenden.

2. 123. Ihre Anfrage ist nicht beantwortbar. Bedauerliche Wiederholung derselben event. mit Hinweis auf den oben erwähnten Punkt.

3. 124. Für Kriegspostkarten haben in der Tat auf Grund des Grundgesetzes die Gewerkschaften eine besondere Verantwortung. Es ist dem Redaktions-Büro, wenn möglich, nicht möglich.

Victoria-Theater
Neue Tischenstraße

DK

Anfang 4 1/2 Uhr

Bühnen-Schau: Gastspiel
Irene Fiedler Alfons Fink
in der Operette:
Rosenstock u. Edelweiß
Musik von Fr. Lehár Text: J. Bauer
Regie: M. Sternau
Rosenstock: L. Fink. Edelweiß: I. Fiedler.

Bühnen-Schau: Gastspiel
Paul Rainer
in dem Sensations-
Melodram-
Sketch
Graf Spitzbube

Film-Schau:
Lebewelt
5 Akte.
Gisela Werberzik
in dem Lustspiel:
Kri-Kri
oder
Die
10 Gebote der Liebe
5 Akte

Film-Schau:
Der Apachenlord 5 Akte
Ein Abenteuer-Gebirnale des
Apachenkellers „Roter Mohr“
oder: Wie man Millionär wird.
Außerdem:
Der unheimliche Fahrgast
oder 3 Minuten Schreckensangst 5 Akte
Ein Abenteuer im verhängnisvollen Hochstaplers Frank Werten.

Ab 6 Uhr 1 Mk.
Zuschau
nach d. Schauburg

Neue Haltestelle direkt vor DK

Voranzelgel

Die Flucht Wahnschaffe's aus dem goldenen Kerker.
Auf Breslau gemünzt, könnte man diesem Film den Titel geben:
Don Kleindberg nach der Weißberggasse
Ein Kontrast zwischen Arm und Reich.

Ein täglich steigender Riesenerfolg!

Fräulein Mimis Vergangenheit
7 Riesen-Akte. 2521

Uraufführung des monumentalen Sittenbildes:

„Schieber“
Eine Serie pikanter Enthüllungen über
Geheime Sünden aus Berlin &
Das Liebesleben des Millionärs
nach dem bekannten Lebewelt-Roman

Im Reiprogramm:
Die Millionen-Bräut
2 Akte lustiger Fikanterien.

Mia May
im tollen Lustspiel
Fräulein Zahnarzt
5 Schlager-Akte
Bruno Kastner
im Abenteuer- und
Sitten-Roman
Großstadt-Spelunken
nach dem Roman:
Das Brandmal der Vergangenheit
Von 4-6 Uhr ermäßigte Preise.

Ufa-Woche!
Latte Neumann
im modernen Roman:
Das Schicksal der Carlo Geldern
5 aufsehenerregende Akte

Lolos Vater
Ein amüsantes Volksstück, 3 Akte von
Adolf L'Arronge

Das Tollste vom Tollsten:
Junges Gemüse
eine lustige Fikanterie
in 2 großen Akten.

Stadt-Theater.
Dienstag 7 Uhr:
„Mignon“
Mittwoch 7 Uhr: „Baccaris“
Donnerstag 7 Uhr:
Schöpfung Sammelkammer
Richard Tauber:
„Carmen“
Freitag 7 Uhr:
Schöpfung Sammelkammer
Richard Tauber:
„Zielfahrt“

Zeltgarten
Einzige Sommer-Variété
an Platz.
Täglich 7 1/2 Uhr
Der glänzende Juni-Spielplan
u. a.
Fritzi Funke
in ihrer Interpretation.

Eden Theater
Nikolaistraße 27.
2 Erstaufführungen!
Die am Wege sterben
Ein erschütterndes Sitten-
Gemälde in 5 Akten
italienischer Film
Heiratsbüro Südein
Toller Schwank in 3 Akte
mit Klamotte.

Wagner
Nur 3 Tage!
Der Mann mit dem eisernen Nerven
5 Akte
Mann ohne Namen
Ferner:
Gisela Werberzik in
Kri-Kri.
Die Herzogin v. Terania.
5 lustige Akte
einer Kabarett-Inszenierung.

KUNST- UND KUNSTGEWERBE-AUSSTELLUNG
Sondergruppen:
Das schöne Buch :: Städtebaukunst
Plakatfreunde
Ausstellungsgebäude Scheitnig
Täglich geöffnet von 10 - 6 Uhr, bis 30. Juni
Eintrittspreis Mk. 2.- 2503

Anzüge
in den neuesten
Formen, fertig u.
nach Maß von
Mk. 300.00 an.
Albrechtstraße 41, 11
Kein Baden.

Schauspielhaus.
Operetten-Säle, Tel. Ring 2545.
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:
Wascoff
Freitag 7 1/2 Uhr:
Wagner-Missa Götz Karl:
Die jüdische Knechtin.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.

ZEPHER
Kino
Blücherstraße
Putschliese
Ursula
Circusweiber
Circus-Sensationen
3 Akte.

Ausschneiden
Kauf! Verkauf!
Höchste Bezahlung
an Brillanten und
Werten jeder Art.
F. J. Schindler
Obere Bräunerstraße 10
Cottbus

HERZ & EHRlich
Breslau
Sozialdemokratie und Schule
Von Heinrich Schulz. - 3.50 Mk. - 20% Zuschlag
Schulungen werden von der Expedition dieses Blattes
jeweils von ähnlichen Redaktionen eingekauft.

Smoller
Glas- und Apparate
Carafte für jedes Glas!

Nur 3 Tage!
Spook
Sichtspiele
Neudorfstraße 35
Von Dienstag
bis
Donnerstag!

Wecker Seife
SCHUTZ-MARKE
hart und wichtig.
- so ist's richtig.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Paul Westermeyer
in
„Der Juxbaron“
Operettenspiel
von Walter Koll.
Ab 6 Uhr
steht den Herrschaften
der Naturgarten
zur Verfügung.

Nur solange Vorrat! Beginn: Dienstag, den 7. Juni!

Billigstes Angebot

Wir hatten Gelegenheit, große Posten Kleiderstoffe und
Wäschstoffe billig zu erwerben und bringen dieselben in dieser Woche
zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf.

Wäschstoffe doppelfach und einfachfach, glatt und gemustert, ... Meter	9 ⁰⁰	Hemdentuch Kenjora, prima Ware, ... Meter	9 ⁷⁵
Doile 120 cm breit, in feinen Mustern ... Meter	19 ⁰⁰	Schürzenstoffe ca. 120 cm breit, ... Meter	17 ⁰⁰
Diend'l-Stoffe gleiche muster, 80 cm breit, ... Meter	13 ⁰⁰	Hauskleiderstoffe doppelfach, ... Meter	19 ⁰⁰
Karierte Diend'l-Stoffe allerbeste Qualität, 80 cm breit ... Meter	16 ⁰⁰	Cheviot besterlei, wollig, eisenfest Qualität, doppelfach, ... Meter	19 ⁰⁰
Feinstoffe 120 cm breit, von ... Meter	25.-	Tennisflanell prima Qualität, ... Meter	14 ⁷⁵
imprägnierte Mantelstoffe 140 cm breit ... Meter	52.-	feinste Kostümstoffe, ... Meter	
Körper-Barchent weiß, feinstg., ... Meter	15 ⁷⁵	Bastseide in modernen Farben.	

Stoff-Lauben
Schweidnitzerstraße 49, 1. Etg. (Haus Albert Fuhs)

Keine Speizen! Keine Preise!

Eines der besten Programme!
Don Juan und die Heilige
Ein Sittendrama aus dem Mysterium
des verlorenen Paradieses.
Das liebste Leben eines nicht zu sättigenden
Weibes mit seinen traurigen Folgen
in 5 großen Akten.

Die Schmugglerin
Ein hochspannendes Abenteuerdrama
aus den mexikanischen Bergen.
In der Hauptrolle:
Wanda Treumann.
5 große Akte. 2510

Eine Partie 66
Eine glänzende Posse in 1 Akt.

LUNA-PARK
BRESLAU-MORGENAU
Vollbetrieb im Vergnügungspark

Täglich die großen Attraktionen:
Die berühmte
Turmseilkünstler-Truppe
Familie Binder aus Wien.
Ferner:
Die Zopfahrt des Chinesen
Lun Hsiang Jung 652
aus 20 m Höhe.

Heute Dienstag:
Wagner-Abend
Leitung: Obermusikmeister Ruschka.

Volksgarten-Lichtspiele
Michaelstraße 44.

Nur bis Donnerstag
der große
Sensationsfilm
aus drei Erdteilen
Die Welt im Brand
Die Katastrophe eines untergehenden Volkes
in 7 Akten.
Nie geschene Sensationen wechseln
in banter Folge mit
Zirkusbildern, Ko-
sakenverfolgungen,
Theaterbrand usw.
Denn das heute
Reiprogramm

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Frauen!

Ueber Freie Mutterchaft oder Zwang?

Freie Mutterchaft oder Zwang? Bericht am Donnerstag, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Frauenleiterinnen! Gebt sofort an, wo die Frauenversammlung am 20. Juni im Distrikt oder der Abteilung stattfinden soll...

Zentral-Erntebrot. Dienstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr: Vorstandssitzung im Gewerkschaftshausrestaurant.

Abteilung Scheitnis. Elternbeiräte der S. P. D. Freitag, den 10. Juni, bei Wätsch, Sedwizgasse 9, Besprechung...

Abteilung Nikolaiter. Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Heinrich Steimauer Straße.

Partei-Vorstand und Vorstand der Arbeiterjugend. Freitag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung im Lokal von Ludowik Margaretenstraße 26.

Arbeiterjugend Pöpelwitz, Heim 6. Von Mittwoch, den 2. Juni, ab, finden unsere Vereinsabende, wie immer, im neuen Jugendheim...

Arbeiterjugend, Bezirk 5. Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 Uhr, im Heim, Reußenstraße 34: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Jugendsozialisten. Kurzustellnehmer. Freitag abends 7 1/2 Uhr im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses: Kursus des Genossen G. Klein.

Städtische Säuglingsfürsorgestellen.

Als Sonderabdruck aus Heft 2 des 37. Bandes der „Breslauer Statistik“ ist loben ein Bericht über die Breslauer städt. Säuglingsfürsorgestellen für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1920 erschienen...

Die Breslauer Hausmeister und ihr Tarifvertrag.

Am 19. November vereinbarten die Vertreter der Hausmeister mit der Arbeitgeber-Vereinigung der Hausbesitzer ein Lohnabkommen...

Die Organisations haben inzwischen in einer Reihe von Anfragen an die Gerichte das Erhalten gestellt, auf Grund des 1920 abgeschlossenen Tarifvertrages...

Die Firma D. Guttman und ihr Buchbinderpersonal. Die Firma D. Guttman liegt mit ihrem Buchbinderpersonal anbauend im Streit...

halb genötigt, den Schlichtungsausschuss zu bemühen. Hier verpflichtete sich die Firma Guttman nochmals zur Anerkennung des erwähnten Tarifes...

Nicht weniger als elf Arbeiterinnen von dem 17köpfigen Personal klagten sich mit der Firma seit Monaten vor dem Gewerbegericht...

Mittlerweile hat die Firma Guttman am 30. April den ihr lästigen Tarif mit vierwöchiger Frist gekündigt. Verhandlungen, die der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter mehrfach zum Zwecke der Erneuerung des Tarifs mit der Firma hatte...

Die Firma glaubt aber vermutlich auf Grund ihrer oben des näheren geschilderten „Tarifstreue“, die sie übte, ein Anrecht darauf zu haben, Verhandlungen erst von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig zu machen...

Erhöhte Säugigen-Gebühr!

Von den Haushaltungen, die ihre Brot- u. m. Marken nicht an dem für sie festgesetzten Tage abholen, wird von der nächsten Ausgabe (20. bis 25. Juni) ab die in der letzten veröffentlichten neuen Mehl- und Brotordnung vom 29. April 1921 festgesetzte Gebühr von zwei Mark erhöht werden...

Vernt schwimmen!

Immer wieder rufen wir diese Worte unteren Klassen genossen zu, denn nichts ist für den menschlichen Körper von so großer Wichtigkeit als Schwimmen. Um auch allen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, diese Kunst zu erlernen...

Die Preise sind für beide Kurse gleich und betragen für Jugendliche bis 17 Jahren 3 Mark Lehrgeld und 3 Mark monatlich Abonnement. Erwachsene 5 Mark Lehrgeld und 6 Mark monatlich Abonnement.

Wir hoffen, daß von dieser äußerst wichtigen Einrichtung recht viele Gebrauch machen. Doch auch den schon des Schwimmens Kundigen rufen wir zu: Schließt Euch dem Schwimm-Verein „Poseidon“ an.

Eine able Freundin der Kunst.

In der „Deutschen Militär-Musikerzeitung“ finden wir folgende Auslassung über den Breslauer Orchesterverein: In Krakau Epizismus und vollkommener Verfall...

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, sich zu bemühen, daß die Bestimmungen über das gewerbliche Recht der Musikerien der Militär-Musikerzeitung inne gefaßt werden.

Fabriken J. J. C. v. Scaen Exportschäffern, Bettin en Ossen in Rotterdam, Oudehoop 26a, Cohen u. v. d. Laan, Margarinefabrik in Haarlem, Veichenaart 52, Zwanenbergs Stadthaus und Fabriken in D. Schweinefleisch auf den Markt bringen...

Dazu wird uns vom Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ noch mitgeteilt, daß Vertreter dieser holländischen Fabriken in den letzten Tagen Margarine und Schmalz zu den billigsten Preisen anboten...

Sozialdemokratischer Diskutierabend. Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, findet die Zusammenkunft derjenigen Genossen und Genossinnen statt, die ein Interesse für die Probleme des Sozialismus haben.

Der Polizeipräsident hat die den vereinigten Verbänden heimathlicher Oberschlesier (Neue Taschenstraße 110) erteilte Genehmigung zur Veranstaltung von Haus- und Straßensammlungen bis August d. Js. zurückgezogen.

Reinigung der Markthallen. Die Hauptreinigung in der Markthalle I findet am Montag, den 13. Juni, und in der Markthalle II am Montag, den 20. Juni, von mittags 12 Uhr ab statt.

Die Arbeiter-Olympiade in Prag. Vom tschechoslowakischen Konsulat wird mitgeteilt, daß allen Besuchern der Olympiade des tschechoslowakischen Arbeiterturnverbandes in Prag in den Tagen vom 25. bis 29. Juni, soweit sie dem Arbeiter-Turnverein angehören oder Mitglieder der S. P. D. oder der U. S. P. D. sind...

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachprüfung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Kartrüben besprochen wurde.

Holländisches Schweinefleisch und deutsche Volksgesundheit.

Die Gesundheitsfrage. Bezugsgegenstände: Holländisches Schweinefleisch und deutsche Volksgesundheit. Die Gesundheitsfrage ist ein wichtiges Thema...

Familiennachrichten

Statt besonderer Meldung!

Am 5. Juni verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Sohn, Vater, Bruder, Onkel und Schwager

Gustav Mittag

im besten Mannesalter von 46 Jahren. Breslau, Chemnitz, Berlin, den 7. Juni 1921. Im tiefsten Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen

Klara Mittag, als Mutter Gustav Mittag, als Sohn Richard Mittag, als Brüder Alfred Mittag, als Schwägerin Maria Mittag, geb. Hoffner, als Schwägerin. Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvador-Friedhofes. Trauerhaus: Mauritianstraße 11, II.

Nach langem, schweren Leiden verschied am 5. Juni unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der

Gustav Mittag.

Er ist uns stets ein Vorbild gewesen. Sein Andenken werden wir hoch in Ehren halten. Seine Berufskollegen und Mitarbeiter der Zigarettenfabrik Firma Sultan.

Am 5. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der

Gustav Mittag

im Alter von 46 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverband Breslau. Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvador-Friedhofes, Lohstraße, aus.

Am 5. Juni verschied unser werter Genosse

Gustav Mittag.

Ehre seinem Andenken! Die Genossen und Genossinnen des Bezirks 33. Beerdigung: Mittwoch, 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvador-Friedhofes aus. Trauerhaus: Mauritianstraße 11, II.

Paradenverein der Klempnergesellen zu Breslau.

Am 5. Juni, mittags 1 Uhr, verschied unser werter Mitglied,

Frau Pauline Tag geb. Martin

im Alter von 61 Jahren. 2530. Ehre ihrem Andenken! Der Vorstand: I. A.: O. Draht. Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des katholischen Friedhofes Nikolai in Cosel.

Am 5. Juni erlitt der Tod von seinem langen, mit großer Geduld ertragenem Leiden unseren lieben Freund und Kollegen, den

Maschinenmeister

Herrn Gustav Mittag im Alter von 46 Jahren. Seine Verdienste als Mitbegründer unserer Branche, sowie sein vornehmes Wesen, sichern ihm ein dauerndes Gedenken. 2524

Branche der Zigaretten-Maschinenisten. Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von St. Salvador, Lohstraße.

Am 5. Juni, vormittags 7 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen einer Blinddarmerkrankung mein herzensguter Mann und zehnjähriger Vater, lieber Sohn und Schwiegersohn, der

Hermann Langner

im blühenden Alter von 32 Jahren. Breslau, Sillmenau, den 6. Juni 1921. Leutenstr. 67. Im tiefsten Schmerz Die trauernde Gattin nebst Sohn und Anverwandten. 2513. Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Friedhofskapelle St. Barbara in Cosel aus.

Am 5. Juni verschied unser Mitglied, der

Hermann Langner

im Alter von 33 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! Der Sozialdemokratische Verein Breslau Distrikt 14. Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Erlöskirche in Oswitz. Trauerhaus: Leutenstraße 67.

Am 4. Juni verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Hermann Scholz

im Alter von 67 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau. Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Erlöskirche in Oswitz.

Am 4. Juni starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Hugo Sommer

im Alter von 49 Jahren. 2525. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung. Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Oswitzer Friedhofes.

Interate erzielen in der Volkswacht den größten Erfolg!

Besonders billiges Möbel-Angebot

In nur guter tadelloser Ausführung.

Eich. Schlafzimmer

1 3 tür. Spiegelschrank, 1 Waschkom. mit Spiegel, 1 K-Leder, 2 Nachtsch. mit K-Marmor, 2 Bettstellen mit Patentrahmen, 2 3teilige ein. Auflege-Matratzen mit Keilkissen, 2 Polsterstühle, 1 Handtuchhalter. 3650 Mk.

Eich. Speisezimmer

1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Ausziehtisch, 1 Sofa, 4 gepolsterte Stühle. 4200 Mk.

Eich. Herrenzimmer

1 Bücherschrank, 1 Schreibtisch, 1 Schreibtisch-Sessel mit K-Leder, 2 Stühle mit K-Leder, 1 Herrenzimmersch. 1 Chaiselong. 3200 Mk.

Kompl. Küche

7 teilig. 600 Mk. außerdem: größte Auswahl in besseren, kompletten Wohnungs-Einrich. zu wirklich billigen Preisen. Besichtigung im eig. Interesse erbeten. Haus für Wohnungs-Einrichtung. Em. Fröhlich Breslau, Kupferhammerstraße 12.

zu einer Stunde fertigen Garantie Kopf-Pilz-Ele unter u. Arbeiter-lowie Brust, Wangen, Fische b. Mensch, u. Tier. „Risolda“, pat. gesch. Mittel. Kannern unfehllich. Verkauf: Breslau, Ritter-Beimittl. Auf der Kottbuscherstraße 18, 2. Stock, Tel. 13. 11 Uhr bis 6 Uhr, 11. (Postfach) 691

SOEBEN ERSCHIENEN: von ERNST BENTLER, Gewerbelehrer. Preis 2 Mk. und 20 Pf. = 220 Mk. Der Heilenertrag dient zur Förderung der Heimstättenbewegung.

Der Weg zum eigenen Heim

Buchhandlung Volkswacht = Breslau III.

10000 Zähne u. W. hr

zu den meisten Füllen schmerzlos gezogen. Zähne zu mäßig. Plomben Preis. R. Barthel, Poststr. 1 Ecke Ohlaustr.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berührung geheilt werden. Sprechstunde in Breslau, Hotel Germania, am Hauptbahnhof, am 11. Juni, von 9-1 Uhr. Dr. med. Knopf Spezialarzt für Bruchleiden.

Herrn-Fitzhals

Freund & Krohs

Frauen

gebrauchen bei Periodenstörung nur meine sicher wirkenden garantierten unschädlichen Roch's Menstruationstropfen und Dr. Ader's echten Frauentee. Viele Dankungen. Versands-Rabiger Breslau 13, Augustastraße 145. Nähe Hauptbahnhof.

Der wahre Jakob

60 Pf. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtl. Kolporteurs entgegengenommen.

Zum Verkauf:

Dam.- u. Herren-Fahrrad. Preis, verl. bill. Freiburger Straße 16 i. Lab. 412

Kleine Anzeigen

sind komprimiert eingedr. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privatn. Jedes Wort 50 Pf., 1 l. u. 1 M.

Jahrad

gebraucht, gut erhalten, billig zu verkaufen, Ohlau Ufer 31, Reiter, Ulrich.

Öffentliche Zustellung.

Die Frau Frieda Sageborn geb. Hornig in Breslau, Wörtherstraße 4, II., Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Benno Grabnalsch, hier, Freiburgerstraße 18, klagt gegen den Richter Max Sageborn, früher hier, Wörtherstraße 4, II., gegen unbekanntem Aufenthalt, nach Rückgabe der in der Klageschrift vom 26. Mai 1921 aufgestellten Behauptungen wegen Ehebruchs und wegen Idamer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten aus §§ 1665 und 1668 B.G.B. mit dem Antrage auf Ehegeldung und den Beflagten für den allein schuldigen Teil zu erklären. Die Klägerin ladet den Beflagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Landgerichts in Breslau, Schwelbener Stadtgraben 2/3, Zimmer 81, auf den 20. September 1921, vormittags 9 Uhr, zur Aufrechterhaltung des durch die Klageschrift vom 26. Mai 1921 aufgestellten Rechtsstreits, als Prozeßvollmächtigter betreten zu lassen. Breslau, den 3. Juni 1921. 1230/21 Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Ruba-Seife

Beste Hauswaschseife, garantiert reiner Seifen- und Parfümerien-Fabrik. 5 Verkanthellen am Platz. Rudolph Balhorn, Breslau 13.

„Das Eintommenenergie“

100 Antworten auf 100 Fragen. Bearbeitet und herausgegeben vom Bezirks-Arbeiter-Sekretär Alfred Pelkert in Breslau.

Enthält die Richtlinien über die Höhe der Werbungskosten für Gehalts- und Lohnempfänger und Mitarbeitererklärungen für Hausangehörige, Landarbeiter und sonstige Personen. 40 Seiten stark. Durch die Vertrauensleute der Partei und der Gewerkschaften bezogen, Vorzugspreis 1.80 Mk. Im Buchhandel 2.50 Mk., nach auswärts ausschließlich Porto. Enthält in der Buchhandlung „Kaffeehaus“, Breslau, Neue Graupenstraße 5 und Anzeigen-Einnahme Nummer 54. Bei auswärtigen Bestellungen wolle man Einzahlungen mit Zahlungsart auf das Postfachkonto Nr. 5300 Breslau i. bewirken.

Die Volksschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel. — 125 Bl. — 20% Zuschlag. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

Für sofort gesucht Tagsschneider. Meldungen bei S. Guttentag, Altbäckerstr. 5.

Putzarbeiterin

nur in ersten Geschäften oder Salons tätig gewesen, zum Antritt am 15. August in dauernde Stellung gesucht. Persönliche Vorstellung nur vormittags von 9-11 Uhr. M. Gerstel, Schweidnitzerstraße 10/11.

Bitte

bei allen Einkäufen Netze die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

- Canth**: Kolonial, Glas, Parafinwaren, Sogel, Sittler, Ring 34. Stein, Adolf, Sittler, Ring 34.
- Cawallen**: Gastwirtschaft, 3. Etage, Sittler, Ring 34.
- Dyhernfurt**: Kolonialwaren, Des. Fracht, Sittler, Ring 34.
- M. Lissa, Sittler, Ring 34**: Arbeiter-Schlichter, Sittler, Ring 34.
- Brauer**: Sittler, Ring 34.
- Grottkow**: Sittler, Ring 34.
- Herrmannsdorf**: Sittler, Ring 34.
- Klein, Jul.**: Sittler, Ring 34.
- G. Glücksmann**: Sittler, Ring 34.
- Leder, Paul**: Sittler, Ring 34.
- Herrmannsdorf**: Sittler, Ring 34.
- Klein, Jul.**: Sittler, Ring 34.
- G. Glücksmann**: Sittler, Ring 34.
- Leder, Paul**: Sittler, Ring 34.

- Erbsen**: 6 mal monatlich.
- Kurke, Carl, Ring 9**: Schöne, Sittler, Ring 9.
- J. Reithmayer jun.**: Sittler, Ring 9.
- Laidenalt, J.**: Sittler, Ring 9.
- Hampel, Franz**: Sittler, Ring 9.
- Grottkow**: Sittler, Ring 9.
- Herrmannsdorf**: Sittler, Ring 9.
- Klein, Jul.**: Sittler, Ring 9.
- G. Glücksmann**: Sittler, Ring 9.
- Leder, Paul**: Sittler, Ring 9.
- Herrmannsdorf**: Sittler, Ring 9.
- Klein, Jul.**: Sittler, Ring 9.
- G. Glücksmann**: Sittler, Ring 9.
- Leder, Paul**: Sittler, Ring 9.

- Margareth**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Maria-Nörchen**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Biller's Gasthaus**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Merschwein**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Gasthaus am Weißbiergrund**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Kl. Nechtern**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Ulrich's Gasthaus**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Neumarkt**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Zanger, Julius**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Jan, W. G.**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Haus, W.**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.
- Rechenbach**: Gastwirtschaften, Sittler, Ring 11.

- Mode-Bazar**: Damengüter, Sittler, Ring 13.
- Rothebrun**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Schmoiz**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Oppeln**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Peilan-Gasthof**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Stelma**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Wohlas**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Stelma a. d. Oder**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Trachenberg**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.
- Ast, R.**: Bäckerei, Sittler, Ring 13.

Die Tragikomödie der österreichischen Ministerkrise.

Aus Wien schreibt uns unser ständiger Mitarbeiter:

Es hat nicht viel Sinn, den Ursachen der Ministerkrise, die aus Anlaß der Anschlußabstimmungen ausgesprochen ist, nachzuforschen. Sicher spielen die Realitäten der Landesregierungen gegenüber der Staatsregierung eine große Rolle; sicher haben auch persönliche Gründe mitgewirkt, daß die österreichischen Machthaber den Bundeskanzler stützten, der bei der Besetzung des Heeresministeriums den österreichischen Bewerber überging; sicher ist den christlichsozialen Machthabern in den Ländern der Kurs, den die Regierung Mayr in der inneren Politik einschlägt, noch zu wenig reaktionär, da man leider in Wien über die Arbeiterschaft nicht so leicht hinwegkommt, wie in den Alpenländern, aus denen die Provinzchristlichsozialen ihre politische Weisheit beziehen; sicher ist bei den Abstimmungsbeschlüssen der christlichsozialen Landesmajoritäten viel Feigheit gegenüber der demagogischen Anschlußagitation der Großdeutschen dabei; sicher blieb der Regierung angesichts der Drohungen der Entente nichts übrig, als ihre Unrichtigkeit durch den Rücktritt zu beweisen; vielleicht ist die gegen Mayr erhobene Beschuldigung, daß er sich die Ententendrohungen bestellt habe, wie er sich das Abtreten des deutschen Reichslanzlers bestellt hat, begründet und ist sogar auf Seiten der Ministerkämpfer die Entrüstung über die Ententendrohungen und auch der Anknüpfung des Entscheidendes gewesen: Was aber an der Ministerkrise und an den ihr vorausgegangen Umständen das für uns Bezeichnende ist, das ist die Tatsache der Hilflosigkeit dieses Staates und seiner Abhängigkeit von der Entente, die ihn hindert, seine eigene Politik zu machen und in allen Fragen seine Politik zwangsläufig bestimmt.

Aud hier sind wir schon bei der Tragödie oder vielmehr bei der Tragikomödie der Regierung Mayr und der herrschenden christlichsozialen Partei. Denn als aus den Wahlen im Oktober vorigen Jahres die christlichsoziale Partei hervorging und die Regierung übernahm, vermaß sie sich — und das war das Hauptargument, das sie bei den Wahlen ins Treffen geführt hatte — die „Fehler“ und „Verbrechen“ der sozialdemokratischen Regierung gutzumachen. Es ist hier nicht Rede von dem demagogischen Versprechen, in Oesterreich Friedenszustände herbeizuführen, die Teuerung zu beseitigen, die Saluta zu verbessern, und was dergleichen schöne Dinge mehr sind, obwohl gerade damit vornehmlich die Wahlagitation besorgt wurde. Daß die christlichsoziale Regierung dieses Wahlversprechen nicht erfüllen konnte, ist klar. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß unter der christlichsozialen Regierung die Krone von 42 auf 0,9 Schweizer Centime gefallen ist — und daß die Preise dementsprechend gestiegen sind.

Aber abgesehen von diesen demagogischen Schlagworten, an deren Ernst die Christlichsozialen wahrscheinlich selbst nicht glauben, hat die christlichsoziale Regierung auch mit allen anderen Versprechungen, die sich aus ihrem Programm ergaben, Schiffbruch gelitten. Denn die Regierung Renner mit den christlichsozialen Landesregierungen in Konflikt geriet, wurde das von den Christlichsozialen damit begründet, daß die christlichen Länder eben kein Vertrauen zu der roten Regierung haben könnten und so konnte man annehmen, daß die Regierung Mayr bei ihren Partigenossen in den Ländern mehr Autorität genießen würde und besonders, als für Oesterreich eine Bundesverfassung geschaffen wurde, glaubte man, daß nun, da die Kompetenzen zwischen Staat und Ländern klar abgegrenzt seien, die Länder in allen staatlichen Beziehungen die Autorität der Regierung respektieren würden. Das gerade Gegenteil ist eingetreten: Die Re-

gierung Mayr vermochte nicht einmal mit den stärksten PreSSIONSMITTELN die Länder von den Anschlußabstimmungen abzuhalten, obwohl der Nationalrat selbst bereits einen Beschluß über eine Volksabstimmung gefaßt hat.

Aber nicht nur in der inneren Politik ist die Regierung gescheitert, auch in der äußeren Politik hat sie bald die Erfahrung gemacht, daß sie das Versprechen, die äußere Politik anders zu orientieren, als es Renner getan hatte, nicht erfüllen könne und sie war durch die Umstände gezwungen, offiziell dieselbe Politik zu machen, die die Christlichsozialen an Renner so bekämpft hatten. Obwohl sie Renner vorgeworfen hatten, daß er aus Parteilugrunden nicht die Freundschaft mit dem christlichnationalen Ungarn gesucht habe, und obwohl sie Regierung Mayr sich wirklich bemühte, in ein freundschaftliches Verhältnis mit Ungarn zu kommen, ist Oesterreich gerade unter der Regierung Mayr in ein immer schärferes Verhältnis zu Ungarn gekommen. Die Frage der Angliederung Westungarns führte geradezu zum Bruch mit Ungarn: Der ungarische Außenminister Dr. Grösz, der als Gesandter Ungarns in Wien mit der christlichsozialen Partei die intimsten Beziehungen unterhalten hatte, drohte mit Krieg, wenn es zu der im Vertrag von St. Germain zugesagten Angliederung des Landes an Oesterreich komme. Ja, der christlichsoziale Bundeskanzler Mayr mußte — allerdings infolge einer sozialdemokratischen Anfrage — am 1. April im Nationalrat erklären, daß die christlichsoziale Regierung die Restauration eines Habsburgs in Ungarn als eine Bedrohung der friedlichen Entwicklung der österreichischen Republik ansehen müsse, die baldige Übergabe des Burgenlandes verlange und die Herabsetzung des ungarischen Heeres auf den Friedensstand im Interesse unserer Sicherheit fordern werde!

Nicht weniger war auch die Politik Mayrs gegenüber der Tschechoslowakei eine vollständige Abkehr von den Forderungen, die die Christlichsozialen gestellt hatten. Unter der Regierung Renner hatten die Christlichsozialen mit dem Hinweis auf die nahezu vier Millionen unterdrückten Deutschen den Versuch, ein freundschaftliches Verhältnis zur Tschechoslowakei anzubahnen, das vor allem wegen unserer Abhängigkeit von den tschechoslowakischen Kohlen- und Lebensmittellieferungen für uns so notwendig ist, verfehmt und sie haben bei den Wahlen die „Pommespolitik“ Renners zum Gegenstand heftiger Angriffe gemacht. Aus den Verhandlungen im Prager Senat erfuhr man am 8. März, daß sich Herr Dr. Mayr bei einer kurzen Begegnung, die er am 2. Februar mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš gehabt hatte, verpflichtet habe, die von Renner eingeleitete Politik gegenüber der Tschechoslowakei fortzusetzen.

Es liegt uns natürlich fern, der Regierung Mayr irgend welche Vorwürfe deshalb zu machen. Wenn nicht Herr Mayr, sondern ein anderer Bundeskanzler gewesen wäre — etwa einer von den Wiener christlichsozialen Fronde oder auch einer von den Ländergewaltigen, die ihn jetzt gestürzt haben — so hätte er es auch nicht anders machen können. Deshalb ist es ja auch ganz gleichgültig, wie die Ministerkrise gelöst wird, ob Mayr bleibt oder ein anderer Christlichsozialer an seine Stelle kommt. Wie die äußere Politik unseres lebensunfähigen Staates durch die äußeren Machtverhältnisse diktiert wird, so wird die innere Politik von den Machtverhältnissen der Klassen bestimmt — und reaktionäre Gelüste jeder Regierung werden an der Macht und an der Einheit der Arbeiterklasse zerschanden werden.

Arbeiter-Olympiade in Prag.

Am 25. Juni wird in Prag die sogenannte Arbeiter-Olympiade, eine internationale Veranstaltung der Arbeiter-Turnvereine, beginnen. Aus der Tschechoslowakei nehmen allein 30 000 Turner an der Olympiade teil, doch sind aus allen Län-

dern starke Gruppen angemeldet, darunter auch aus Deutschland. Der Ausschuss der Arbeiter-Olympiade hat eine Reihe Sozialistenführer nach Prag eingeladen. Aus Deutschland wird Scheidemann der Einladung folgen. (Die „Volkswehr“ wird gleichfalls durch ein Redaktionsmitglied vertreten sein. Red.) Der Schauplatz der Veranstaltung ist das riesige Stadion auf dem Hochplateau des Belvedere, das weit über 100 000 Plätze für Zuschauer faßt. Die Olympiade wird vom 25. bis 29. Juni dauern. Für die Verpflegung der Teilnehmer ist ein Einheitspreis vorgesehen. Den Teilnehmern wird auf den tschechoslowakischen Bahnen eine fünfzigprozentige Fahrgebidermäßigung und für Ausländer die Befreiung von der Abfluggebühr gewährt.

Aus dem Landtag.

Otto Brauns Rede. — Stegerwald über die Umbildung der Regierung.

Als erster Redner zum preussischen Etat kam am Montag Genosse Otto Brauns zu Wort. Er stellte seinen Ausführungen voran, daß die Finanzlage in Preußen abhängig sei von der Lage im Reich. Ueber das Finanzleben im Reich zu jammern, hätten die Reichsparteien im Reich kein Recht, denn ihre Leute seien es doch gewesen, die diesen Zustand durch ihre Krieges- und Annexionspolitik, verfaßt hätten. Noch 1918 wollte Herr von Wangenheim jeden Staatsmann an die Wand stellen lassen, der es wage, einen Frieden ohne Kriegsentgeltigung und ohne Gebietsverweiterung abzuschließen. Wie diese Leute von rechts, so erwiderten von links die Kommunisten die Lage des Landes, indem sie verantwortungslos Deutschland reif machen wollten für die Mostauer Ideale.

Der Herr Finanzminister hat besondere Betonung auf die Worte gelegt, daß wir durch Einschränkung von rechts kommen müssen. Na meine, wir dürfen nicht so sehr die Einschränkung im Konsum betonen, den sie ist schon lange da, viel mehr, als unserem Volke gelohnt ist. Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke sind deshalb notwendiger Natur und müssen ausgegeben werden. Das Wichtigste ist die Erhöhung der Erzeugung, die aber nur möglich ist, wenn wir unter Volk wieder auf den Kulturstand bringen, auf dem es vor dem Krieg stand. Wenn der Herr Finanzminister darauf hinweist, daß die Gehälter der Beamten um 25 bis über 500 Prozent gestiegen sind, so muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die Kosten der Lebenshaltung um das Zehnfache, in Bezug auf manche Bedürfnisse um das Dreifache gestiegen sind. Bei den Arbeitern kommt die Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit usw. noch hinzu. Diesen Leuten Einschränkung und Entlassung predigen, ist sehr billig.

Die weitestgehende Sparpolitik des Einzelnen und des Staates bringt uns aber nicht daran vorbei, neue Einnahmen zu schaffen. Auch hier sind wir vom Reich abhängig und deshalb an der Politik des Reiches interessiert. Das Reich muß mindestens 70—80 Milliarden jährlich mehr an Einnahmen hereinholen. Es muß zunächst reelles die beschlossener Steuern hereinholen. Es muß die Hand liegen auf große Vermögen und große Einkommen, nur dann kann man auch den armen Leuten Opfer zumuten. Hier kann auch die Volkspartei beweisen, ob und wie sie mitarbeiten will an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Ententemächten.

Der Finanzminister hat zwar gesagt: Keine Ausgaben ohne Deckung, er hat aber die Art der Deckung nicht einmal angedeutet! Wenn der Finanzminister auf die Hilfe verweist, die Preußen vom Reich zu erwarten habe, so mache er sich die Sache sehr leicht. Er hätte wenigstens sagen sollen, wo er zuerst mit der Erhöhung der Einnahmen beginnen will. Die Grundsteuern will er den Gemeinden vorbehalten. Wie soll denn da der Grundhaushalt: Keine Ausgaben ohne Deckung, durchgeführt werden, wenn auch noch diese einzig ertragreiche Quelle vom Staat nicht in Anspruch genommen wird? Mit Quasifaktoren befreit man nicht 2,3 Milliarden Defizit, dazu kann man die Grundsteuern garnicht entbehren. Nur dann kann man von der Arbeiterklasse erwarten, daß sie Steuern zahlt, wenn auch das Bürgerium keine Zahlungspflicht erkennt!

Wir verlangen vor allen Dingen, daß in der Fortentwicklung der demokratischen Einrichtung des Staates kein Stillstand eintritt, daß die noch fehlenden Verfassungsorgane für Gemeinde, Kreis und Provinz rasch und in wirklich demokratischem Sinne geschaffen werden. In demselben Sinne muß die weitere Umstellung der Verwaltungsvorparatellen fortgesetzt werden. Es ist freilich sehr fraglich, ob eine Regierung, die angewiesen ist auf die Hilfe der Reichsparteien, einer derartigen Aufgabe gewachsen ist. Das Kabinett wird sich wohl zu überlegen haben, ob es als Ausschuss einer Minorität im Parlament, geknüpft auf die Kruden der Reichsparteien, den genannten Aufgaben entsprechen kann. Ich hoffe, daß die beiden Regierungsparteien Verantwortung nehmen werden, sich zu dieser Frage zu äußern. Der jetzige Zustand läuft auf eine Mißregierung des Parlaments hinaus. Der Ausnahmezustand, der noch in einzelnen Teilen Preußens besteht hat keine Berechtigung mehr, deshalb verlangen wir, daß die Regierung bei dem Reichskabinett für die Aufhebung eintritt. Die Entlohnung muß rasch und gründlich durchgeführt werden. Alle Verluste, das fluchbeladene, monarchistische System wieder einzuführen, sind zum Scheitern verurteilt und

Hungerland.

Von Georg Werner.

10) Daß er das machen konnte und würde sah ihn die Mutter an. Deshalb gab sie ihm, wenn auch mit Widerstreben, das Gewünschte.

11) Rasch, gegen 9 Uhr, kam er nach Hause. Seine letzte er sah ins Bett. Als ihn die Mutter zwei Stunden später weckte, stand er auf wie sonst. Er ließ es sich nicht merken, wie immer es ihm wurde. Die Mutter sollte keinen Anlaß zum Schelten haben. Aber die nächsten Tage machte sie ihm doch Vorhaltungen. Doch sie wußten nichts. Er hatte sich den Abend ausgezehrt unterhalten und war schon wieder Verpflichtungen für den nächsten Sonntag eingegangen.

Den nächsten Sonntag wiederholte sich die Szene. Diesmal erklärte Wilhelm kurz und bündig, er gehe in Zukunft nicht mehr kein geringes Geld ab, sondern er wolle eine bestimmte Summe für sich haben.

Ueber diesen Punkt entspannen sich im Laufe der Woche lebhaftere Erörterungen. Zuletzt einigten sich Mutter und Sohn dahin, daß er vom wöchentlichen Abzug 6,50 Mark abgeben müsse, vom Lohn könne er sich ebenfalls zwei Mark behalten. Wilhelm war zufrieden. Er hatte sich im Monat sechs bis acht Mark Taschengeld und damit hoffte er auszukommen.

Die nächsten Räume in Steiger Anglers Keller, die besonders in Afrika gezählt wurden, erregten auch Aufsehen bei anderen Leuten. Allgemein sprach man von diesen Schandablägen. Sehr oft mußten die in Afrika Beschäftigten von anderen Kameraden das Wort hören: „Der Dienst ist so wenig, ich wäre schon längst fortgegangen.“ Diese Redensarten, verbunden mit der Erbitterung, die durch die Behandlung und höchste Schandigung empfand, veranlaßte so manchen, an ein Verlassen der Heimat zu denken. Seit Jahrzehnten waren kaiserliche Bergleute in die Welt gezogen. Wenige kehrten zurück, aber auch diese waren schon nach kurzer Zeit wieder verschwand. Sie kamen in der Heimat andere Beschäftigte kennen gelernt und konnten sich nicht mehr in die arbeitslosen Zustände der Heimat hinein. Fast alle aber schickten zurück, es gebe ihnen besser als daheim. Daher kam es zu dem Gedanken, die Heimat zu verlassen. Bei den Schützern in Zeiten des Not als bekanntes Rettungsmittel ist

Als Steiger Angler nun Monate lang die Leute seine üble Laune spüren ließ, dachte mancher an Fortziehen. Dem Gedanken hatten sie bisher fast alle ferngehalten. Verschiedene waren zu alt, bei anderen wollten die Frauen nicht. Aber die letzten Monate hatten Wandel gewirkt.

Es war wenige Tage nach dem Sonntag, der wiederum sehr schlecht ausgefallen, als des Morgens bei der Einfahrt Wilhelm's Kamerad plötzlich sagte: „Gestern war ich in der Wirtschaft zur Stadt Friedland in Rathenbürg. Dort ist ein Steiger aus Westfalen, der Leute für Jesse Friedrich der Große in Herne anwirbt. Ich habe mich anstrengen lassen.“ Den Worten folgte Schweigen.

Aber während der Schicht suchte so mancher in Wilhelm's Arbeitsstille nach frage, unter welchen Bedingungen die Antwortung erfolgt sei. Und jeder erfuhr von dem Angeworbenen: „Für Kamerad beträgt der Durchschnittslohn 5,50 Mark für die Schicht. Der Steiger hat die Lohnlisten bei sich und zeigt jedem, daß sogar vielmehr verdient wird. Die Fahrt für die Familie und die Möbel ist frei. Nach der Ankunft in Herne wird ein Voranschlag gegeben, damit jeder das Nötigste kaufen kann. Der Steiger hat zwei Arbeiter mitgebracht, einer von ihnen ist der letzte Kamerad, der träuer bei uns im Keller gearbeitet hat. Beide befristeten des Steigers Rede.“

In diesem Morgen teilte sie in allen Betrieben in Afrika. Zwei Tage später hatten sich nun den vierundzwanzig Mann im Bremsberg sechszehn für Westfalen ansprechen lassen.

Als einer nach dem anderen Steiger Anglers Zimmer betrat, um zu fröhigen, verstande dessen herausfordernder Ton, mit dem er die ersten begrüßt hatte. Der Letzte war ein Arbeiter, den eine Kameraden hatte heiraten müssen. Er behielt ein eigenes Haus und so ihm hatte es niemand erwartet, daß auch er nach Westfalen gehen würde. Ein ruhiger, veranlagter Arbeiter war es, der allgemeine Achtung besaß.

Auch Sie, Behrend, wollen gehen? Was ist denn los? fragte ihn der Steiger. Doch gerade bei diesem Arbeiter lag die Erbitterung am meisten. Er hatte sich seit Monaten mit keiner Frau getraut, weil diese ihn immerwährend Vorwürfe machte, die wußte nicht nur die Frauen, sondern auch vom Kapitäl zum Haushalt beizutragen. Am Tage zuvor hatten sie sich getraut, wie noch nie in den ganzen Jahren ihrer Ehe. Dem Steiger Angler gab Behrend die Schuld und die ganze Schicht hatte der Groll gegen diesen Kameraden zu ihm gewandt. Und nun sollte ihn der Steiger diese frag! Es lief ihm eisalt über den Rücken.

Leht war ihm alles egal. „Du Lausehund, Du bist ganz alleine Schuld, daß mir fortmüssen“, schrie er. „Du verdächtig Bluffanger! Tut ich an müßt ma dich, Das du miserables!“ Und in demselben Moment hatte Steiger Angler eine Schlag ins Gesicht erhalten, der das Blut aus Nase und Mund strömen ließ.

Unbehelligt verließ Behrend die Steigerstube. Aber noch am selben Abend fuhr er nach Westfalen, nachdem er dem alten Obersteiger, mit dem er durch seine Frau entfernt verwandt war, klaren Wein eingeschenkt und ihm erzählt hatte, wie er sich von seinem früheren Schulkameraden, den er oft bei den Schularbeiten getroffen, verabschiedet habe. Dieser aber ließ die Sache auf sich beruhen. So ganz er den Vorfall als sozialdemokratische Mache hingestellt hätte, hier ging es nicht. Denn hinter diesem Arbeiter standen einige Kameraden, denen die Grube mit gehörte, die die Wahrheit kannten und denen er sich als Lügner blamiert hätte.

Nach Afrika waren andere Arbeiter gekommen. Teils kamen sie aus Steiger Anglers Keller, teils kamen sie von der benachbarten Grube. Hier waren in einer Bauabteilung sämtliche Kopfen weggeholt und eine Anzahl Vergleute übrig geblieben.

Die Mehrzahl dieser nach Afrika gekommenen Arbeiter hatte bisher die zwölfstündige Schicht mitgemacht. Als Kranke sie fragte, ob sie das auch in Zukunft tun wollten, schrien sie die Frage. Kranke aber getraute sich nicht, sie zu einer anderen Ansicht zu bereiten. Es waren mehrere unter ihnen, die im Jahre 1899 nicht mitgestreift hatten. Mit ihnen stand er sich nicht gut und fürchtete, sie würden dem Steiger alles überbringen und wenn möglich, noch eine ganz gehörige Portion dazuflügen. Und die Kol zwang ihn, sich in Acht zu nehmen.

Freitags waren die Neuen nach Afrika gekommen; am folgenden Montag wurde wieder zwölfstündig gearbeitet. Als die gewöhnliche Arbeitszeit um war, die zehn Stunden währte, packten Kramer und Wilhelm ihr Gepäck in gewohnter Weise weg, ihr Kamerad aber erklärte: „Ich bleibe noch zwei Stunden hier. In der Strecke sind einige Holzgeraden, die will ich erneuern.“ Kranke und Wilhelm waren enttäuscht, als sie diese Worte hörten. Sie hatten gehofft, ihr neuer Kamerad, der sonst sehr gut zu ihnen postete, würde sich ihnen anschließen. Das möchte der Neue meinen, denn er entschuldigte sich, indem er sagte: „Mir ist das Vangerarbeiten auch schon über, aber bleibt man nicht mit in der Grube, hat man den Schaden. Wenn alle ausführen, wäre ich sofort dabei.“ Aber so! Nein, am besten ist es, ihr bleibt auch hier“

(Fortsetzung folgt.)

wer mit Gewalt hofft, der Monarchie wieder Platz zu machen, wird von dem Volke eine Antwort erhalten, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Warum soll man nicht 1 Milliarde aus dem Hohenzollernvermögen nehmen, für Deutschlands Wiedergutmachungsleistungen? Eine derartige Maßnahme würde nur dem Rechtsbewußtsein der weitesten Volksschicht entsprechen. Auf jeden Fall wird man sich damit abfinden müssen, daß wir in Preußen-Deutschland nur einen Ausblick erleben können, der auf demokratisch-republikanischen Wege liegt.

Nach der Rede unseres Genossen Braun beschäftigte sich der Zentrumsredner von Papen eingehend mit den Einzelheiten des U. S. Er lehnt die Grundsteuer für die Gemeinden ab, begrüßt die geringe Zahl neuer Beamtenstellen und wünscht bei Vereinfachung der Verwaltung der Hilfskräfte, weil die Beamten keinen Achtundtag kennen. Beim Kultusetat konstatiert er eine verträgliche Verpflichtung des Staates, die Kirche „fortlaufend mit entsprechender Ausstattung“ zu versorgen. Er wendet sich gegen die weltliche Schule auch als Notmaßnahme, solange diese Frage nicht reichsrechtlich geregelt ist. Der Demokrat v. D. O. nahm scharf Stellung gegen unsere Genossen Braun, suchte aber den Anschein zu erwecken, als ob auch er für gemeinsame Arbeit sei. Der Parteipartei von Richter unterstützte diese „gemeinsame Arbeit“ noch mehr. (Die Volkspartei möchte sich heute noch gern in Preußen in die Regierung.) Von Richter ging sogar soweit, zu sagen, daß man nicht zuerst auf kulturellem und sozialem Gebiet sparen dürfe. Wir werden Gelegenheit nehmen, die Herren an diesen Auspruch zu erinnern. Der Kommunist Dr. Meyer benutzte seine Rede zu der üblichen Zeremonie auf Justiz und Polizei, während der Unabhängige Leib sich in scharfer Weise gegen die Kommunisten wandte, denen er sagte, daß ihr Kampf gegen die eigenen Klassenossen die Schuld trage an der Schwäche der Arbeiterklasse. Der letzte Punkt sei ein unüberwindliches Hindernis an der Arbeiterklasse gewesen. Der Demokrat D. O. nahm deutlich zu der Frage der Regierungsbildung Stellung und sagte, es sei nicht erwünscht, immer neue Regierungskrisen zu schaffen. Die Frage sei heute nicht akut, aber wenn sie akut werden sollte, sei die Partei bereit, der Neubildung der Regierung „auf breiter Grundlage“ näherzutreten. Damit hat D. O. im Landtage, wie Peter sen im Reichstage, deutlich erklärt, daß die Demokraten auf die Hinzuziehung der Volkspartei bestehen.

Eine entscheidende Erklärung gab Stegerwald ab. Er führte als Antwort auf die Anbeutung des Genossen Braun aus, daß nach der Lage im Reich die Umbildung der Regierung in Preußen politisch erwünscht und sachlich notwendig sei. Wir stehen, sagt Stegerwald, vor großen sozialen Umwälzungen, von denen sich der größte Teil unseres Volkes heute noch gar keinen Begriff macht. Politisch ist die Revolution abgeschlossen, aber wirtschaftlich und sozial steht sie noch im Anfang. In den letzten 6 1/2 Jahren hat Deutschland auf Pump gelebt, und mit Zukunftsschulden gearbeitet. Das ist heute nicht mehr möglich. In den nächsten Jahrzehnten kann nicht mehr Politik nach altem Muster gemacht werden. Die Aufgaben, die Deutschland zu lösen hat, sind von den breiten Massen des Volkes zu lösen. Die breiten Massen des Volkes müssen lernen, sich in ihrer Lebenshaltung einzufügen. (Hier wird Stegerwald von der Linken auf das lebhafteste unterbrochen.) Regierungsexperimente auf schmaler Basis sind heute nicht mehr möglich. Persönlich kann ich gegenwärtig nichts tun, da ich beim letzten Mal von der Sozialdemokratie nicht gewählt wurde, kann ich diese Partei nicht in die Regierung einbeziehen. Voraussetzung für meine Tätigkeit in dieser Frage ist die Herbeiführung einer Verständigung einer Parteimehrheit im Hause, darüber, auf welcher Grundlage die Regierung gebildet werden soll, und wer Ministerpräsident wird. Erst dann kann ich eingreifen. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen sind, ist es mir unmöglich, zurückzutreten, und der Welt das Schauspiel einer neuen Regierungskrise und neuer Erbitterung in Preußen zu geben.

Nach dieser Erklärung ist deutlich zu erkennen, daß die beiden Regierungsparteien auf die Hinzuziehung der Volkspartei bestehen. Da die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor dies entscheiden zurückweist, wird die Spannung im Landtage entschieden vergrößert.

Stegerwald und die Sozialdemokratie.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten bezüglich der Regierungsbildung in Preußen u. a. folgendes: „Vielleicht meint Herr Stegerwald durch sein Verbleiben eine Resignation auf die Sozialdemokratie nach der Richtung hin auszusprechen zu können, daß diese ihren Widerstand gegen die Völkergemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei aufgibt, sobald sie erkennt, daß anders als durch diese Koalition das Ministerium Stegerwald nicht zu besetzen ist. Diese Rechnung hätte insofern etwas für sich, als tatsächlich das letzte Kabinett Stegerwald mit seiner inneren und äußeren Abhängigkeit von der Rechten in unseren Augen eine sehr unerfreuliche Erscheinung ist, deren Beseitigung wir für eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart halten. Aber Herr Stegerwald irrt sich, wenn er meint, daß die Sozialdemokratie diese Beseitigung durch ein Opfer ihrer Überzeugung erstreben wird. Die Sozialdemokratie will das Kabinett Stegerwald beseitigen, weil sie in ihm einen Hemmschuh für die wichtigsten Aufgaben der preussischen Politik, namentlich für die Durchführung der Verwaltungsreform erblickt. Die Sozialdemokratie will ferner das Kabinett Stegerwald beseitigen, weil es in der wenigsten Maßnahme seiner Existenz schon gezeigt hat, daß es den mit vieler Mühe begonnenen Umbau des Verwaltungsapparates durch eine ganz und gar verkehrte Personalpolitik im Sinne des alten Systems wieder rückwärts zuverühren will.“

Wenn Herr Stegerwald, etwas sehr selbstbewußt, sich den Zeitpunkt für seinen Rücktritt vorbehalten hat, so sollte er nicht vergessen, daß es in einer Demokratie nicht ganz im Belieben eines Ministeriums steht, sich keine Sterbestunde selber auszusuchen!

Der Mörder Rosa Luxemburgs?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie die Berliner „Freiheit“ mitteilt, ist der Leutnant Krull, der an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt sein soll, von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Krull war Verbindungsoffizier in dem berüchtigten Sturmabteilungsbataillon, das im Oktober 1919 entgegen dem Verbot der Reichsregierung über die ostpreussische Grenze ging. Nach der „Freiheit“ soll Krull sich schon damals vor seinen Kameraden groß getan haben, daß er der unbekannt gebliebenen Schütze gewesen sei, der, auf dem Trittbret des Autos liegend, den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Das Verfahren gegen ihn soll aber erst in Sicht gekommen sein, als er eine Uhr zum Verkauf weitergab, die als Eigentum der Ermordeten wiedererkannt wurde.

Der Prozeß gegen Brandler.

Am Montag vormittag begann vor dem Sondergericht beim Landgericht I in Berlin der Prozeß gegen den Vorsitzenden der D. R. P. D. Brandler. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, die Pflicht gehabt zu haben, die Verfassung des Reichs gemäßen zu ändern und zum Angebotsamt gegen die Gehehe aufzufordern, sowie verschiedene Versöhnungsversuche gegeneinander aufzuheben zu haben. Die Personalernennung des Angeklagten ergibt, daß er in Karlsruhe (Deutschbaden) geboren ist und zum Reichsminister 6 Wochen lang Unterstaatssekretär in Sachsen war. Die Beweisaufnahme beginnt mit der Verlesung von 3 Akten, die die Zentrale der D. R. P. D. im März d. J. in der „Noten-Bahn“ hat erscheinen lassen. Sämtliche Artikel sind heftigsten

Inhalts und fordern die Arbeiterklasse auf, das Bündnis mit Sozialdemokratie zu schließen und den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Der Angeklagte betont zunächst, daß er für die Aufrufe die volle Verantwortung übernehme und alle Fragen nicht beantworten werde, die eine Belastung anderer Personen ergeben könnten. Brandler lehnt es ab, dem Vorsitzenden auf die Frage zu antworten, wer die Artikel geschrieben hat und erklärt lediglich, daß die Zentrale der D. R. P. D. damals zu der Situation Stellung genommen habe und ein Mitglied beauftragt worden sei, die Artikel zu verfassen. Sodann hält der Angeklagte einen politischen Vortrag über die inneren Verhältnisse während dieses Frühjahrs vom kommunistischen Standpunkt aus. Er macht der deutschen Regierung den Vorwurf, daß sie nach der Abstimmung in Oberösterreich Massenmord begangen habe um das Abstimmungsergebnis mit Gewalt zu korrigieren. Zu gleicher Zeit habe der bayerische Ministerpräsident erklärt, daß Bayern sich in der Entwaffnungsfrage nicht unterwerfen würde. Kurze Zeit später sei dann die von Herßing geleitete Mission der Schutzpolizei in Mitteldeutschland begonnen worden. Alle diese Tatsachen wären für die Kommunisten in Beweis gewesen, daß die deutsche Kontroversion zur militärischen Aktion in Oberösterreich und zur Abwehr der Sanktionen schreite, zunächst aber die Abwehr der Hochburg der Kommunisten in Mitteldeutschland zu zerstören. In der Abwehr dieser Gefahr habe die D. R. P. D. den Generalkrieg proklamiert. Die Aufrufung des Vorsitzenden, Sie bestritten also, daß das Hochverrats schuldig gemacht zu haben, beantwortete Brandler: „Zunächst, man müßte uns für Tölpeln und Narzen halten, wenn man glaubt, daß wir mit diesen Aufrufen den Sturz der Verfassung hätten herbeiführen wollen.“ Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme beruft sich der Angeklagte auf mehrere Zeugen, die ihn seit langem kennen und bekunden würden, daß er in der politischen Entwicklung stets die Anwendung von Gewalt abgelehnt habe. Die verschiedenen Zeugen bestätigen, daß Brandler tatsächlich bei kritischen Anlässen die Massen beruhigend zu wirken versuchte und vor Gewalt warnte.

Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen.

In der Nachmittags Sitzung kam der Staatsanwalt zu Wort, der nach längeren Ausführungen 7 Jahre Festungshaft beantragte. Das Urteil des Gerichts lautete auf 5 Jahre Festungshaft wegen Hochverrats. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß die Aufrufe der Zentrale und der „Noten-Bahn“ zu den schweren Verbrechen und Gewalttätigkeiten im März beigetragen haben. Wenn Brandler selbst auch nicht aktiv dazu beigetragen habe, so müsse dennoch die Arbeiterklasse ihm zur Last gelegt werden, da das Ziel die Diktatur des Proletariats war.

In dem Schlusswort äußerte Brandler u. a., daß die Diktatur des Proletariats tatsächlich nicht den zehnten Teil von Maßnahmen erfordere, wie sie die jetzige Regierung gebraucht. Seines Erachtens ist es sogar möglich, daß die Diktatur ohne Aenderung der Reichsverfassung eingeführt werden kann.

Freispruch im 4. Kriegsverbrecherprozesse.

Im Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Neumann vor dem Reichsgericht ist der Angeklagte freigesprochen worden. Aus der Begründung des Reichsgerichtsurteils gegen den Kapitänleutnant Neumann ergibt sich, daß der Beschuldigte freigesprochen worden ist, weil er bei Ausführung der ihm zur Last gelegten Verbrechen einem dienstlichen Befehl gehorcht hat. Ob ein solcher Befehl rechtmäßig oder rechtswidrig war, ist in diesem Verfahren nicht entschieden worden. Diese Frage bildet den Gegenstand eines anderen Verfahrens.

Aus der Provinz Schlessien.

Zur Beendigung des Waldenburger Bergarbeiterstreiks.

Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Am Freitag, den 3. Juni, haben im Reichsarbeitsministerium in Berlin Verhandlungen stattgefunden, an denen der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister persönlich teilnahmen. Dieselben dauerten den ganzen Tag und endeten mit einem Uebereinkommen auf folgender Grundlage:

Ab 1. Juli werden von jeder Mark pro Tonne, um die das niederschlesische Revier in der Kohlensteuer herabgestellt wird wie das Ruhrgebiet, 30 Pf. die Schicht für Löhnerhöhung verwendet. Die Löhnerhöhung wird einschließlich der bereits im Schiedsspruch vom 18. Mai vorgesehenen Erhöhung von 60 Pf. durchschnittlich 5 Mark die Schicht betragen. Die Verteilung derselben auf die einzelnen Gruppen erfolgt in der Bezirksarbeitsgemeinschaft. Das Reichsarbeitsministerium und das Reichsarbeitsministerium setzen sich dafür ein, daß das dem Reichsrat bereits vorliegende neue Kohlensteuergesetz in diesem Sinne zustande kommt.

Am Sonnabend, den 4. Juni, nahm eine Konferenz der Betriebsräte und Betriebsräte zu diesem Vorschlag Stellung. Die Streikleitung empfahl, trotzdem der Vorschlag nicht befriedigend war, die Annahme desselben, weil mehr zuzusetzen zu erreichen sei. Selbst wenn der Streik noch einige Wochen dauern würde, sei kein anderes Ergebnis zu erwarten. Nach langer heftiger Debatte, in der von allen Seiten zum Ausdruck kam, daß das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedigend war, für alle Dingen wurde bemängelt, daß die Löhnerhöhung erst ab 1. Juli in Kraft treten soll; es wurde dem Antrage der Streikleitung in gleicher Abstimmung mit 176 gegen 41 Stimmen zugestimmt.

Nach dem Statut des Bergarbeiterverbandes entscheidet die Konferenz über die Beendigung des Streiks, so daß der Beschluß der Konferenz gleichbedeutend mit der Beendigung desselben ist. Voraussetzung für die Beendigung war noch die Zustimmung der Arbeiter zu dem Uebereinkommen vom 3. Juni. Die Zustimmungserklärung ist am Sonntag, den 5. Juni erfolgt.

Für Sonntag, den 5. Juni, waren 18 kombinierte Mitglieder-Versammlungen einberufen. Die Versammlungen verliefen zum Teil recht stürmisch, teilweise ruhig und sachlich. Darin herrschte Uebereinstimmung, daß das Gebotene nicht befriedigend, andererseits sah die große Masse der Bergarbeiter ein, daß selbst durch einen längeren Streik momentan nicht mehr zu erreichen sei. Von kommunistischer Seite bemühte man sich, die Bergarbeiter zum Weiterstreiken zu veranlassen, dabei konnte man recht deutlich merken, daß es ihnen nicht um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter zu tun ist, sondern lediglich um die Verwirklichung ihrer phantastischen politischen Ziele.

Durch den Beschluß der Konferenz ist somit das Ende des Streiks erreicht. Nach Verständigung mit dem Arbeitgeberverband am Sonntag erfolgt die Arbeitsaufnahme am Dienstag früh. Zimmerhäuser sollen bereits am Montag abend zur Arbeit anfangen, um eingetretene Hindernisse zu beseitigen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß am Dienstag früh die Arbeit nicht in vollem Umfange aufgenommen werden kann, weil anzu nehmen ist, daß während der Dauer des Streiks Kräfte gefallen sind, die erst beseitigt werden müssen. Diejenigen Mitglieder, die davon betroffen werden, erhalten für diese Tage bis Streikauflösung weiter.

Wenn auch das Gericht nicht befriedigt, so ist doch für die streikenden Bergarbeiter ein nennenswerter Erfolg zu verzeichnen. Dieser Erfolg war nur möglich durch das einmütige Zusammenhalten in der gewerkschaftlichen Organisation, das ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter ohne Organisation machtlos wären. Diese Einigkeit und Gesinnung zu wahren und zu erhalten, sagt im bringenden Interesse der Bergarbeiter.

Wir eruchen deshalb, den Streik, so einstimmig wie er begonnen wurde, auch zu beenden und dem Beschluß und der Parole der Gewerkschaften Folge zu leisten.

Nur teilweise eingefahren.

Auf den Gruben sind die Belegschaften nur teilweise eingefahren. Es befinden sich im Waldenburger Revier eine ganze Menge kommunistischer Agitatoren, die versuchen, den Streik noch weiter hinauszutreiben.

Der Verband hat eine ganze Anzahl große Versammlungen abgehalten, zu denen eine große Menge Neuzugler sich eingefunden haben. Ein Teil der Nichteingefahrenen hält auch jetzt Versammlungen ab. Sie wollen durch Drohungen die Verbandsleitung zwingen, den Streik weiter zu finanzieren. Die Verbandsleitung lehnt aber dieses Ansinnen ab.

Für den Verband und für sämtliche in Betracht kommenden Organisationen ist der Streik am Montag durch den Beschluß der Betriebsrätekonferenz, der mit 176 gegen 41 Stimmen die Beendigung des Streiks ergab, beendet. Die Kommunisten werden versuchen, vielleicht mit Gewalt die Einfahren des Verbands abzuhalten.

An die Streikenden.

Die Streikleitung richtet folgenden Aufruf an die Streikenden:

Von kommunistischer Seite wird versucht, die Bergarbeiter zum Weiterstreiken aufzuheizen. In Versammlungen reden sie den Arbeitern vor, nicht 10 Mark, sondern 15,20 Mark und noch mehr müßten gefordert werden.

Die Unfruchtbarkeit derartiger Forderungen beweist, daß es den Kommunisten nicht auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter ankommt, sondern lediglich darauf, in Niederösterreich ein zweites Mitteldeutschland zu schaffen und die Arbeiter in Not und Elend zu stürzen. Ein weiterer Beweis dafür sind die Geldern von dieser Seite verteilten Flugblätter, in denen die Notstandsarbeit als Streikbrücherei bezeichnet wird. Durch Einhalten der Notstandsarbeit würden die Betriebe zugrunde gerichtet und jedes demzufolge denkenden Arbeiter dürfte es klar sein, daß bei einem Versinken der Gruben nur die Arbeiter die Leidtragenden sein würden.

Wie feige sich die Kommunisten bei ihrem Bestreben, die niederösterreichische Bergarbeiterschaft in unerhörtes Elend hineinzutreiben, bemerken, geht daraus hervor, daß die Flugblätter anonym und weber mit Unterschrift nach Drucker verlesen sind.

Es soll hier dasselbe Spiel getrieben werden, wie schon so oft in anderen Gegenden Deutschlands; die Arbeiter werden erst durch unerantwortliche Heher in Not und Elend geführt und dann von den Urhebern des Unglücks im Stich gelassen. Sie verschwinden spurlos und die Arbeiter und ihre Familien haben die Folgen des verbrecherischen Spiels zu tragen.

Kameraden!

Folgt den Forderungen der unerantwortlichen Elemente nicht. Der Streik ist ordnungsgemäß durch Beschluß der Vertrauensmänner- und Betriebsräte-Konferenz, die laut Statut die entscheidende Abstimmung vorgenommen hat, beendet. Wer dennoch weiterstreikt, tut es auf eigene Rechnung und Gefahr.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein S. D.

Viecht-Theater.

„Der Jucharon.“

Trotz der Tropenhitze war das Viecht-Theater am Sonnabend zur Premiere des „Jucharon“ vollständig ausverkauft. Einen nicht geringen Prozentsatz der Besucher stellen wohl unsere Messiasgäste, die gerührt von dem Ausstellungsstücken, gestiegen und gehalten in den sonst nur in Hottentottenregionen mit derartiger Intensität stehenden Sonnenstrahlen sicherlich nicht willens waren, sich des Abends den Kopf mit Westfälischen Problemen zu zerreiben. Also hoch gespannte Ansprüche an Logik, an die sittliche Kraft der Kunst u. dergl. m. läßt man eben draußen vor die Theaterpforten, wenn man sich einen „Juch“ machen will. Und einen Juch gab's, dafür bürgte allein schon der Name Paul Westermeyer, der im reichlichen Schwitze seines Angeichts mit jedem Zoll seiner nur nach Ellen zu messenden Gestalt „arbeitete“ und ein „Hautechischen“ auf die nicht eben kurzen Beine stellte, das bei allem Changeant seines Gesiebers ein toller Spasmoder blieb. Unterwürdig wurde er aufs tatkräftigste von seinem würdigen Kompanion aus der lauberen Gilde der Fennebrüder, dem Stotterwillhelm Georg Wärtge s. Das aristokratische Element vertrat Robert Meyer und Oskar Linke mit weniger blauschligen, aber recht wirkungsvollen Mienen. Wäre der „Jucharon“ nicht schon ein Vorkriegssetzenergebnis, so hätte es bei der Figur des Margarinesfabrikanten Windisch (Wernicke) sicher nicht an aktuellen Anzüglichkeiten gefehlt. Die weiblichen Rollen bieten keine so günstige Gelegenheit, sich nach Herzenslust auszuleben. Carla Lügen, Joscy Wallis und Emma Loned kamen ihren Verpflichtungen getreulich nach, ohne jedoch allzu sehr in den Vordergrund zu treten.

Das Publikum nahm den „Jucharon“ als einen lieben alten Bekannten auf. Die sinnige Weise, kleine Räthseln miffen schlafen gehen“ feierte ebenso wie der sich mit unauströbarer Hartnäckigkeit einnistende Schläger „Wenn ein Mädel einen Herrn hat“ fröhliche Urfassung. Ludwig Michaleis und Karl Wappanus verhalfen ihrerseits dem Wiederbelebungsversuch ohne Steinhäufige Verjüngungsoperation zu einem recht „warmen“ Erfolg.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	6.6.	4.6.	6.6.	4.6.
amerikan. Dollar	1,52	1,58	Schweiz. Franken	8,93
englische Schilling	7,98	8,07	öftr. Kronen	676,58
franzö. Franken	18,75	18,94	polnische Mark	705,21
holländ. Gulden	4,51	4,55	Niederöftr. Kronen	107,24
				108,81

Bereinstalender.

Gasmaschinervereinigung. Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses. Nur für Mitglieder. Tagesordnung: 1. Beschluß des Amtsgerichts und Bestimmung über die Tagung unseres Schiedsgerichts. Referent: Genosse Stadtrat Senf. 2. Verklebenes. Einlaß nur mit Mitgliedskarte.

Deutscher Eisenbahn-Verband. Dienstag, den 7. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsverwaltung. Arbeiter-Angler. Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Briefkasten.

Allen Anfragen nach eine Beugungsquittung helligen. Beugungsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Verlagsstellen oder Trägern; die Postbehörden haben die Postquittung festzulegen. Preis 1 Mark der Revision wochentags von 12-1 Uhr mittags.

102. Da Ihnen das Geld von Tisch schon bewirkt und lebhaft noch nicht ausgezahlt ist, wäre es empfehlenswert, sich einmal an das Reichswehramt zu wenden.

103. Ihre Anfrage ist völlig unverständlich. Verständliche Nachfragen werden mit Hilfe eines anderen Wortes gegeben.

104. Für Anzeigen finden in der Tat auf Grund des Grundgesetzes ein gewisses Ermäßigungsrecht. Eingehende Auskunft wird Ihnen bei dem für die Grundgesetz-Veränderung zuständigen Amt, also dem zuständigen Reichsamt, erteilt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Frauen!

Freie Mutterschaft oder Zwang?

Spricht am Donnerstag, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus die Genossin Klara Zils.

Frauenleiterinnen! Gebt sofort an, wo die Frauenversammlung am 20. Juni im Distrikt oder der Abteilung stattfinden soll.

Zentral-Elternbeirat. Dienstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr: Vorstandssitzung im Gewerkschaftshausrestaurant.

Abteilung Schettnig. Elternbeiräte der S. P. D. Freitag, den 10. Juni, bei Märtsch, Schwigstraße 9.

Abteilung Mikolajew. Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Heimlich, Steinhauser Straße.

Parteivorstand und Vorstand der Arbeiterjugend. Freitag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung im Lokal von Lukowski, Margaretenstraße 26.

Arbeiterjugend Pöpelwitz, Heim 6. Von Mittwoch, den 6. Juni, ab, finden unsere Vereinsabende, wie immer, im neuen Jugendheim, „Kurgarten“, Frankfurter Straße, statt.

Arbeiter-Jugend, Bezirk 5. Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 Uhr, im Heim, Leuthenstraße 34: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Jungsozialisten. Kurzsteilnehmer. Heutabend 7 1/2 Uhr im Zimmer 12 des Gewerkschaftshaus: Kursus des Genossen Edelstein. Erscheinen aller ist Pflicht.

Städtische Säuglingsfürsorgestellen.

Als Sonderabdruck aus Heft 2 des 37. Bandes der „Breslauer Statistik“ ist schon ein Bericht über die Breslauer städt. Säuglingsfürsorgestellen für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1920 erschienen.

Die Breslauer Hausmeister und ihr Tarifvertrag.

Am 19. November vereinbarten die Vertreter der Hausmeister mit der Arbeitsgemeinschaft der Hausbesitzer ein Lohnabkommen, das von den Parteien durch Unterschrift anerkannt wurde.

Nunmehr haben alle Hausmeister ein Recht, die ihnen bisher vorenthaltenen Entschädigung auf Grund der Vereinbarung vom 19. November vor dem in dieser Vereinbarung vorgesehenen Schlichtungsausschuss einzufordern.

Die Firma D. Guttman und ihr Buchbinderpersonal.

Die Firma D. Guttman liegt mit ihrem Buchbinderpersonal andauernd im Streit. Nachdem die übrigen Druckereien seit dem 2. Juni 1920 tariflich geregelte Löhne zahlten, möchte sich die Firma D. Guttman absolut nicht dazu verstehen, die gleichen Löhne zu zahlen.

halb genötigt, den Schlichtungsausschuss zu bemühen. Hier verpflichtete sich die Firma Guttman nochmals zur Anerkennung des erwähnten Tarifes.

Nicht weniger als elf Arbeiterinnen von dem 17köpfigen Personal klagten sich mit der Firma seit Monaten vor dem Gewerbegericht. Vier Verhandlungstermine waren erforderlich.

Mittlerweile hat die Firma Guttman am 30. April den ihr lästigen Tarif mit vierwöchiger Frist gekündigt.

Die Firma glaubt aber vermutlich auf Grund ihrer oben des näheren geschilderten „Tariftreue“, die sie übt, ein Anrecht darauf zu haben, Verhandlungen erst nach der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig zu machen.

Erhöhte Säugigen-Gebühr!

Von den Haushaltungen, die ihre Brot- u. w. -Marken nicht an dem für sie festgelegten Tage abholen, wird von der nächsten Ausgabe (20. bis 25. Juni) ab die in der letzten veröffentlichten neuen Preis- und Preisordnung vom 29. April 1921 festgesetzte Gebühr von zwei Mark erhoben werden.

Vernt schwimmen!

Immer wieder rufen wir diese Worte unseren Klassen-genossen zu, denn nichts ist für den menschlichen Körper von so großer Wichtigkeit als Schwimmen.

Die Preise sind für beide Kurse gleich und betragen für Jugendliche bis 17 Jahren 3 Mark Lehrgeld und 3 Mark monatlich Abonnement.

Wir hoffen, daß von dieser äußerst wichtigen Einrichtung recht viele Gebrauch machen.

Das auch den schon des Schwimmens Kundigen rufen wir zu: Schließt Euch dem Schwimm-Verein Poseidon an.

Eine üble Freundin der Kunst.

In der „Deutschen Militär-Musikerzeitung“ finden wir folgende Auslassung über den Breslauer Orchesterverein:

In kraßem Egoismus und vollkommenster Verkennung der allgemeinen Wirtschaftslage forderten die 45 Orchestermitglieder des hiesigen Orchestervereins eine beträchtliche Gehaltserhöhung.

Die erhöhten Forderungen sind von den Orchestervereinsmitgliedern, so weit sie glauben, daß der Verein in der Lage sei, zu zahlen, ohne jeglichen Zwang vom deutschen Musiker-Verband, aufgestellt.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, daß sie sich mit der Wirtschaftslage der Musiker befaßt.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, daß sie sich mit der Wirtschaftslage der Musiker befaßt.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, daß sie sich mit der Wirtschaftslage der Musiker befaßt.

Wenn sich schon die „Deutsche Militär-Musikerzeitung“ mit der Wirtschaftslage der Orchestermitglieder befaßt, so wäre es zweckmäßiger, daß sie sich mit der Wirtschaftslage der Musiker befaßt.

Holländisches Schweinefleisch und deutsche Volksgesundheit.

Deradega Handels- und gewerkschaftliche Geschäftspraktiken herziehen in verschiedenen holländischen Margarine- und Schmalzfabriken.

Fabriken J. J. C. v. Staay Exportlaktieren, Betten en Olie in Rotterdam, Olfedat 26a, Cohen u. v. d. Laan, Margarinefabrik in Haarlem, Leidschenoord 52, Zwanenbergs Schmalz- und Fabriken in Ob. Schweinefleisch auf den Markt bringen, das für die menschliche Nahrung absolut unbrauchbar und schädlich ist.

Dazu wird uns vom Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ noch mitgeteilt, daß Vertreter dieser holländischen Fabriken in den letzten Tagen Margarine und Schmalz zu den billigsten Preisen angeboten, mit ihrem Angebot im „Vorwärts“ aber abgewiesen wurden.

Der Polizeipräsident hat die den vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier (Neue Tafelberg 9/10) erteilte Genehmigung zur Veranstaltung von Haus- und Straßenammlungen bis August d. Js. zurückgezogen.

Reinigung der Markthallen. Die Hauptreinigung in der Markthalle I findet am Montag, den 13. Juni, und in der Markthalle II am Montag, den 20. Juni, von mittags 12 Uhr ab statt.

Die Arbeiter-Olympiade in Prag. Vom tschechoslowakischen Konulat wird mitgeteilt, daß allen Besuchern der Olympiade des tschechoslowakischen Arbeiterunionsverbandes in Prag in den Tagen vom 25. bis 29. Juni, soweit sie dem Arbeiter-Turnverein angehören oder Mitglieder der S. P. D. oder der U. S. P. D. sind, gegen Vorlage einer Ausweisurkunde die Befreiung von Pachtgebühren, 50 Prozent Fahrermäßigung auf den tschechoslowakischen Bahnen und freie Unterkunft in Prag gewährt wird.

Der Ausschuss für Kartoffeln, Obst und Gemüse der Provinzial-Preisprüfungsstelle hielt eine Sachung ab, auf der zunächst die Angemessenheit der Preise für Karotten besprochen wurde.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Die Volksberatungsstelle, im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Monat Mai von 541 Personen, 265 Männern und 276 Frauen besucht.

Familiennachrichten

Statt besonderer Meldung!

Am 5. Juni verschied nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden unseren lieben Freund und Kollegen, den

Am 5. Juni erlöste der Tod von seinem langen, mit großer Geduld ertragenen Leiden unseren lieben Freund und Kollegen, den

Maschinenmeister Herrn Gustav Mittag

im Alter von 46 Jahren. Seine Verdienste als Mitbegründer unserer Branche, sowie sein vornehmer Wesen, sichern ihm ein dauerndes Gedenken.

Gustav Mittag

im besten Mannesalter von 46 Jahren. Breslau, Chemnitz, Berlin, den 7. Juni 1921.

Im tiefsten Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen

Klara Mittag, als A. Mutter Gustav Mittag, als Sohn 1962d Richard Mittag, als Bruder Alfred Mittag, als Schwager Maria Mittag, geb. Kordell, als Schwägerin.

Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes. Trauerhaus: Mauritiusstraße 11, II.

Gustav Mittag.

Nach langem, schweren Leiden verschied am 5. Juni unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der

Maschinenmeister Gustav Mittag.

Er ist uns stets ein Vorbild gewesen. Sein Andenken werden wir hoch in Ehren halten. Seine Berufskollegen und Mitarbeiter der Zigarettenfabrik Firma Sultan.

Gustav Mittag

Am 5. Juni, nachmittags 7 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der

Maschinenmeister Gustav Mittag

im Alter von 46 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, Lohstraße, aus.

Gustav Mittag.

Am 5. Juni verschied unser werter Genosse

Maschinenmeister Gustav Mittag.

Ehre seinem Andenken! Die Genossen und Genossinnen des Bezirks 33.

Beerdigung: Mittwoch, 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes aus.

Frau Pauline Tag geb. Martin

im Alter von 61 Jahren. Ihre ihrem Andenken! Der Vorstand. I. A.: O. Draht.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des katholischen Friedhofes Nikolai in Cosel.

Maschinenmeister Herrn Gustav Mittag. Am 5. Juni erlöste der Tod von seinem langen, mit großer Geduld ertragenen Leiden unseren lieben Freund und Kollegen, den

Hermann Langner. Am 5. Juni, vormittags 7 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen einer Blinddarmerkrankung mein herzenguter Mann und treusorgender Vater, lieber Sohn und Schwiegersohn, der

Hermann Langner. Am 5. Juni verschied unser Mitglied, der Schenkmacher

Hermann Scholz. Am 4. Juni verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

Hugo Sommer. Am 4. Juni starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Besonders billiges Möbel-Angebot. in nur guter tadelloser Ausführung. Eich. Schlafzimmer 3650 Mk.

Eich. Speisezimmer 4200 Mk. Eich. Herrenzimmer 3200 Mk.

Kompl. Küche 600 Mk. größte Auswahl in besseren kompletten Wohnungs-Einrichtungen zu wirklich billigen Preisen.

Em. Fröhlich. Breslau, Kapferschmiedestraße 12.

Der Weg zum eigenen Heim. von ERNST BREITNER, Gewerbetreibender, Breslau, Salzwinkel, Preis 2 Mk. und 10 Pf.

10000 Zähne u. i. Jahr in den meisten Fällen schmerzlos gezogen. Zähne zu mäßig. Plomben / Preisen. R. Barthelt, Poststr. 1. Ecker-Ohlauerstr.

Bruchkränke. können ohne Operation und Berührung geheilt werden. Sprechstunde in Breslau, Hotel Germania, am Hauptbahnhof, am 11. Juni, von 9-1 Uhr.

Frauen. Periodenstörung. nur meine sicher wirkenden garantiert unschädlichen

Kleine Anzeigen. sind kompakt gesetzt einsp. Anzeig. v. Verkauften Kaufgeschäften u. nur von Privat.

Garantie. Sie unter jomie Brut, Wangen, Fläche b. Menich u. Tier. "Riesolda", pat. gesch. Mittel.

Öffentliche Zuteilung. Die Frau Frieda Hagedorn geb. Horst in Breslau, Wörthstraße 4, II., Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Benno Gebel, hier, Freiburgerstraße 18, klagt gegen den Kaufherrn Max Hagedorn, früher hier, Wörthstraße 4, II., zeitlich unbekanntem Aufenthalt, nach Abgabe der in der Klageschrift vom 26. Mai 1921 aufgestellten Behauptungen wegen Ehebruchs und wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten aus §§ 1565 und 1568 B.G.B. mit dem Antrage auf Ehecheidung und den Befragten über den allein schuldigen Teil zu erklären.

Ruba-Seife. Beste Hauswaschseife, garantiert rein. Seifen- und Parfümerien-Fabrik 8 Verkaufsstellen am Platze. Rudolf Balhorn, Breslau 13.

Die Volksschule als Einheitschule. Von Dr. Max Apel. - 1.25 Mkt. - 20% Zuschlag. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Putzarbeiterin. nur in ersten Geschäften oder Salons tätig gewesen, zum Antritt am 15. August in dauernde Stellung gesucht. Persönliche Vorstellung nur vormittags von 9-11 Uhr.

Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Müller, A., Blücher-Str. 20. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Reumann, Grabländer-Str. 117. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Julius Pross, Fehrbellin, Max, Reinholdstr. 37/38. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. F. W. Radler, Fehrbellin, Max, Reinholdstr. 37/38. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Schirduan, Max, Mittelstraße 22. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. W. Simm, Mittelstraße 11. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Max Milde, Fehrbellin, Max, Reinholdstr. 37/38. Zigaretten, Zigaretten, Tabake. Mostar, Fehrbellin, Max, Reinholdstr. 37/38.

Erste Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses. Richard Söring, Breslau, Lohstraße 11. Erich Tautz, Treibschneckenplatz 2 und Mathienstraße 16. Zöple, Kome Junst, Postarbeitsamt, Treibschneckenplatz 2 und Mathienstraße 16. Lehnherr, H., Straße 5. Hofläger, Goldener Krone, Markt, Nr. 112. Wollins Festsäle, T.A.N.Z.

Restauranter Lokale. Carlowitz, Restauranter. Lindenhof, Jeden Mittwoch u. Freitag-Tea. Klein-Gandau, Gastwirtschaften. Kaiser-Friedrich-Park Klein-Gandau, Gastwirtschaften. Brockau, Fleischwaren, Wurstwaren. Boltsgarten, früher Deutscher Kaiser. Fritz Frey, Gesellschaftshaus Hopf & Görcke. Grob-Mochern, Gastwirtschaften. Schreiber's Gasthaus, Kolonialwaren. Cosel, Bekleid.

Münern, Gastwirtschaften. Handke's Gasthaus, Zweite Stelle der Kleinsch. Schön. Gaal u. Gart. Sonntag. Scholtz's Gasthaus, Schön. Garten, Angenehm. Familienlokal. Kleindorf, Fahrradhandlungen. Krieten, Kolonialwaren. Ki-Masselwitz, Kolonialwaren. Otaschin, Gastwirtschaften. Zentral-Gasthaus, Kolonialwaren. Bensch, Etablissement.